2/2022

Gymnasium in Niedersachsen

In den Schulen nichts Neues:
Mangelwirtschaft überall!

© soupstock – Adobe Stock

Die Zeitschrift des Philologenverbandes

phvn Philologenverband Niedersachsen

Editorial 3

Schwerpunktthema: Mangelwirtschaft überall!

Zwei neue Studien offenbaren ein altes Problem: Mangelwirtschaft allenthalben! 4

Landtagswahl 2022:
Bildungspolitik ist Zukunftspolitik 7

Philologenverband Niedersachsen fordert Bildungsministerium, um Lehrermangel endlich anzugehen 10

Das Schulsystem in der Ukraine 12

Aktionen zum Thema Frieden: Guter Ansatz, aber das MK muss liefern 14

Einwurf

Lasst uns Gesicht zeigen 16

Berufspolitik

Im Ernst, wen wundert's...?! Oder: Wer es sich leisten kann, flüchtet! 17

Wo bleibt die faire Alimentation für die Versorgungsberechtigten? 18

Sicherung der Unterrichtsversorgung 20
Stellungnahme der Jungen Philologen zum Erlass vom 20.01.2022

Gedanken zur Digitalisierung der Beihilfe 21

Seminare des PHVN 23

Aus dem Verband

Echte Frauenpower im Bezirksverband Stade 24

Neuer Seniorenbeauftragter des PHVN gratuliert „Urgestein" des Verbandes zum Geburtstag 25

Aus den Schulen und Fachverbänden

Besuch an der Ahr 26

Das ganze Gymnasium auf der Ideen-Expo in Hannover 28
Das haben 1000 Schüler und 50 Lehrer erlebt

Zwei Fachseminare des Studienseminars Stade im Deutschen Zusatzstoffmuseum 29

Endlich, endlich wieder! 30
19. Landesbegegnung „Schulen musiziere"n des Verbands deutscher Schulmusiker Niedersachsen (VdS) in Stade

Niedersächsische Geschichtslehrkräfte tagen wieder in Präsenz 31
Frühjahrstagung des NGLV in Wilhelmshaven am 22.6.2022

Literatur

Rezension: Juden in Deutschland 33

Wir trauern um 33

Über den Tellerrand

Nicht nur Lernmanager und Organisator:
Der Lehrer als Psychologe, Seelsorger und Lebensbegleiter 34
Die ambivalente Wirkung der Corona-Krise

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Schuljahr 2021/2022 ist nicht nur ein Schuljahr der Krisen zu Ende gegangen, sondern auch ein Schuljahr, das viel Kraft gekostet hat. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Krisenbewältigung in den Schulen vor Ort großer Anstrengungen aller an Schule Beteiligten bedurfte. Es wäre wirklich schön, wenn man mit dem neuen Schuljahr die Krisen beiseitelegen und sich auf den Neubeginn freuen könnte. Die Krisen des letzten Schuljahres werden uns auch im neuen Schuljahr begleiten. Ich hoffe, dass Sie die Sommerferien zumindest dazu nutzen konnten, abzuschalten, zu entspannen und Energie für das anstehende, erneut herausfordernde Schuljahr 2022/2023 zu tanken.

Um's Gewinnen ging es auch direkt vor den Sommerferien. Vielleicht erinnern Sie sich noch an das von Minister Grant Hendrik Tonne im Juni vorgelegte „Lehrkräfte-Gewinnungspaket". Es wird leider wenig dazu beitragen, endlich aus dem Krisenmodus an unseren Schulen zu kommen. Die Signale aus dem Kultusministerium können nur als verzweifelte Hilferufe und Schwenken der weißen Fahne gegenüber dem Lehrermangel verstanden werden. Einen von Minister Tonne geforderten „Bildungsbooster", also insgesamt mehr in das System Schule zu investieren, fordern wir seit Langem und da sind Land und Bund gleichermaßen in der Pflicht. Es geht dabei auch um amtsangemessene Alimentation und darum, dass der öffentliche Dienst nicht von den allgemeinen Gehaltssteigerungen abgekoppelt wird.

Wir haben uns zu den Vorschlägen aus dem Ministerium geäußert und der Politik ein Gegenangebot unterbreitet. Die Grundlage der Lehrkräfte-Gewinnung ist und bleibt die Lehrkräfte-Ausbildung. Dafür haben wir ein Bildungsministerium gefordert, in dem das Lehramtsstudium, der Vorbereitungsdienst im Referendariat sowie das Besetzen einer Planstelle im niedersächsischen Schuldienst in einer Hand liegen. Nur Lehrerbildung aus einem Guss kann die Professionalität unseres Berufsstandes erhalten und sichern! Inwieweit ein nach erfolgreicher Wahl von der CDU umgebautes Kultusministerium mit dem klangvollen Namen „Kinder- und Jugendministerium" unsere Forderungen berücksichtigt, wurde noch nicht beantwortet. Hier erwarten wir mehr als nur einen neuen Namen am Türschild des alten Ministeriums.

Die Reaktionen, die unser Konzept in der Presse ausgelöst hat, sind beeindruckend. Man nimmt uns als Verband ernst und traut uns Lehrkräfte-Ausbildung zur Behebung des Lehrkräfte-Mangels zu. Einen Einblick in unsere Pressemitteilung finden Sie in dieser Ausgabe.

Es erstaunt jedoch, wie wenig die für die Richtlinienkompetenzen verantwortlichen Politikerinnen und Politiker unternehmen, um den Krisen an Schulen entgegenzuwirken. Man wünschte sich einen Ministerpräsidenten, der das Heft des Handelns in die Hand nähme und Schule und Bildung zur Chefsache erklärte. In der Zeit vor den Sommerferien sah man unseren Ministerpräsidenten Stephan Weil vor allem auf Eröffnungsfeiern und in Schulen, um Fotos für den Wahlkampf zu machen oder in Gesprächen mit der Presse, in denen er sich ins richtige Licht des Landesvaters vor der parlamentarischen Sommerpause stellen konnte. In den Ferien ging er dann auf „Sommertour".

Auf Taten des Ministerpräsidenten in Sache Lehrermangel warten wir bis heute. Dafür müsste man sich den unangenehmen Fragen wie Überlastung von Lehrkräften, Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern, Probleme der Digitalisierung vor Ort und Corona-Maßnahmen nach den Sommerferien stellen. Das sind keine schönen Themen, sie bedürfen aber dringend Lösungen, wie das Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung durch FORSA oder die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 jüngst ergeben haben. Beide Studien zeigen: Es muss dringend gehandelt werden. Besorgniserregend ist, wie sich das Verhalten der Kinder in einem halben Jahr unter dem Druck von Krisen verändert hat. Das müssen wir im Blick behalten und gegensteuern. Einen beide Studien zusammenfassenden Artikel mit den brisanten Resultaten finden Sie in dieser Ausgabe.

Dass die Politik hier untätig bleibt, ist nicht länger hinzunehmen. Liegt die Untätigkeit etwa an den bevorstehenden Landtagswahlen und wollen sich die politisch Verantwortlichen nicht zu früh verausgaben, damit genug Energie für den Endspurt bleibt? Eine extra zusammengestellte Übersicht zu den Wahlprogrammen der vier Fraktionen im Niedersächsischen Landtag finden Sie in diesem Heft. Wir haben am 9. Oktober die Wahl und dabei entscheiden wir auch, wie es mit der gymnasialen Bildung in Niedersachsen weitergeht. Unser Kreuz hat Auswirkungen auf unseren Arbeitsplatz und die Gelingensbedingungen von Schule.

Ich erinnere heute noch einmal an den in drei Monaten bevorstehenden Philologentag in Goslar. Wir werden 75 und das wollen wir auch feiern. Dazu werden wir natürlich unseren neuen Kultusminister oder unsere neue Kultusministerin einladen.

Ich wünsche Ihnen für das anstehende Schuljahr alles Gute. Bleiben Sie gesund und zuversichtlich.

Es grüßt Sie herzlichst

Dr. Christoph Rabbow

Zwei neue Studien offenbaren ein altes Problem: Mangelwirtschaft allenthalben!

Das deutsche Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung sagt *„Lehrkräfte stehen unter enormem Druck“*. Der IQB Bildungstrend 2021 zeigt den Verfall der Orthographie- und Mathematikkenntnisse. Mehr als ein Teufelskreis, der sich anbahnt.

Von Dr. Christoph Rabbow

Die Corona-Pandemie und der Lehrkräftemangel haben an deutschen Schulen tiefe Spuren hinterlassen: Eine repräsentative Umfrage zeigte jüngst eine alarmierend hohe Arbeitsbelastung bei Lehrkräften.

Dauerbelastungen von Lehrkräften frustrieren und machen krank

Die Robert-Bosch-Stiftung führte im April 2022 eine Umfrage unter mehr als 1000 Lehrkräfte durch. 83 % der Gymnasiallehrkräfte erleben sich selbst „als stark oder sehr stark belastet“. Mehr als die Hälfte von ihnen fühlt sich erschöpft. Eine Mehrheit hat den Eindruck, Schule könnte den wachsenden Anforderungen im Schulalltag kaum noch gerecht werden. Dabei hat insbesondere die Corona-Pandemie Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen deutlich erhöht. Es zeigen sich neben den ohnehin schon vorhandenen Schwierigkeiten beim Lernen und dem Aufholen der durch die Corona-Pandemie bedingten inhaltlichen Lücken nun zusätzlich problematisches Verhalten und psychische Auffälligkeiten bei den Schülerinnen und Schülern. Dass dies bei Lehrkräften einen hohen Belastungsdruck erzeugt, verwundert nicht. Und dieser Druck hat ernsthafte Folgen: Mehr als die Hälfte der Lehrkräfte leidet sehr häufig oder häufig unter körperlicher Erschöpfung und Müdigkeit. Knapp jeder Zweite ist außerdem von innerer Unruhe und Nackenschmerzen betroffen, ein Drittel leidet unter Schlafstörungen. Noch nie hatten so viele Kolleginnen und Kollegen den Eindruck, dass das System Schule gerade kollabiert.

Neben dem Aufarbeiten von Lernrückständen aus der Zeit der Schulschließungen müssen Lehrkräfte die Schulen digital transformieren, Corona-Richtlinien überwachen, das Unterrichtsfehl durch den eklatanten Lehrkräftemangel kompensieren und geflüchtete ukrainische Kinder und Jugendliche in das System Schule integrieren. Dass dies zu Frustrationen sowohl im Lehrer- als auch im Klassenzimmer führt, ist da nur selbstverständlich.

Lernrückstände sind gewaltig – Mehrheit der Lehrkräfte fehlt Unterstützung

Gemäß der Umfrage der Robert-Bosch-Stiftung gehen die Lehrkräfte davon aus, dass 41 % der Schülerinnen und Schüler deutliche Lernrückstände aufweisen (im September 2021 noch 33%). Vielen ist es noch nicht gelungen, Versäumnisse des Distanzunterrichts aufzuholen. Die Lernenden in den 4. Klassen der Grundschulen hinken im Lesen, Schreiben und den mathematischen Grundfertigkeiten sogar noch stärker hinterher, wie die Bildungsstudie 2021 des IQB gerade erst nachgewiesen hat.

Mehr als jede zehnte Lehrkraft vermutet, dass drei Viertel der beschulten Kinder deutliche Lernrückstände aufweisen. Dies gilt vor allem für Schulen, an denen mehr als die Hälfte der Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch aufwächst. Die Bedingungen an den Schulen sind zu ungünstig, um die großen Bildungslücken zu kompensieren. Die Mehrheit der Lehrkräfte fühlt sich mit den vielen Aufgaben allein gelassen; von Unterstützung durch den Dienstherrn oder Entlastung von nicht unterrichtlichen Aufgaben keine Spur.

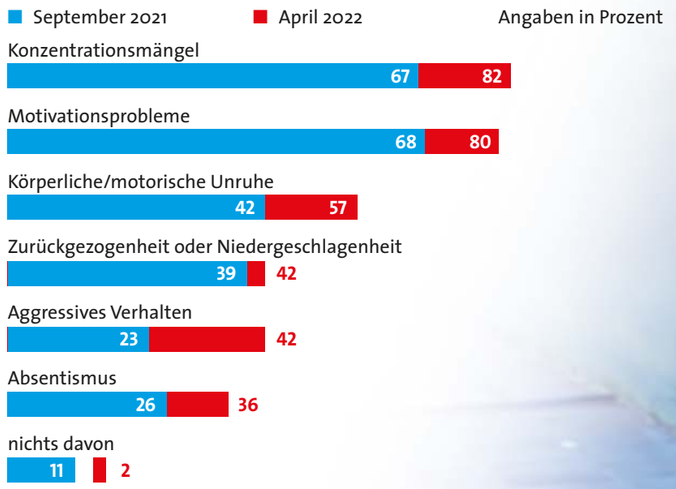
Der am 1. Juli 2022 erschienene Kurzbericht des IQB-Bildungstrends stützt sich auf Daten, die kurz vor den Sommerferien 2021 in den Grundschulen erhoben wurden. Darin wird deutlich, dass die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler deutlich zurückgegangen sind. Da bereits fünf Jahre zuvor signifikante Lernrückstände ermittelt wurden, kann der Leistungsrückgang nicht nur mit Auswirkungen durch die Pandemie begründet werden.

IQB bestätigt: Die Grundschule ist nicht mehr die Grundlagenschule

Die jetzigen Ergebnisse werden durch die Eindrücke vieler Gymnasiallehrkräfte bestätigt. In den neuen Bildungsstandards für das Fach Deutsch in der Grundschule konnte man sich gerade einmal auf eine „lesbare Handschrift“ und eine „in den Kernbereichen korrekte Orthographie“ einigen. Dieser Minimalkonsens der Bundesländer kann nur als Kapitulation vor dem Lesen und Schreiben bezeichnet werden. Gemessen am Lernzuwachs, der innerhalb eines Schuljahres zu erwarten wäre, entspricht der Kompetenzrückgang im Lesen etwa einem Drittel eines Schuljahres, im Zuhören einem halben Schuljahr und in der Orthographie einem Viertel eines Schuljahres.

In Mathematik müsste neben den üblichen schriftlichen Verfahren der Grundrechenarten auch das schriftliche Verfahren der Division durch einstellige Divisoren wieder eingeführt werden. Elementargeometrische Grundlagen, wie das Zeichnen paralleler und orthogonaler Linien sowie der Umgang mit Lineal und Geodreieck, gehören auch dazu. Im Fach Mathematik entspricht der Kompetenzrückgang etwa einem Viertel eines Schuljahres.

Wie hat sich die Einschätzung der Lehrkräfte in Bezug auf einen deutlichen Anstieg negativer Verhaltensweisen seit September 2021 entwickelt? *



* Ohne Angaben von Lehrkräften an beruflichen Schulen, da im September 2021 ausschließlich Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen befragt wurden. Ohne Indikatoren Mangel an Empathie, Spiel-/Onlinesucht und Angststörungen, da diese in September 2021 nicht abgefragt wurden. Mehrfachnennungen waren möglich.

Quelle: Robert Bosch Stiftung: Das Deutsche Schulbarometer. Eine repräsentative Befragung von Lehrkräften zu den aktuellen Herausforderungen der Schulen. Durchgeführt von Forsa.
www.bosch-stiftung.de/de/lehrkraefte-stehen-unter-enormem-druck

© jovannig – Adobe Stock

Dies verdeutlicht, dass Schülerinnen und Schüler aus den 4. Klassen die Grundlagen für die Mitarbeit an den weiterführenden Schulen nicht mehr aufweisen. Das Fazit kann nur sein: Es muss an den Grundschulen wieder deutlich stärker ergebnisorientiert und weniger erlebnisorientiert unterrichtet werden, denn wenn ein Fünftel der Viertklässler nicht richtig lesen, ein Drittel nicht richtig schreiben kann und auch die Rechenfertigkeiten nur noch eingeschränkt vorhanden sind, dann erfordert das bei den aufnehmenden Schulen weitere Kraftanstrengungen, die für die Lehrkräfte dort zu einer zusätzlichen Belastung werden.

Herstellung der Bildungsfähigkeit geht nur durch höhere Qualitätsstandards

Die derzeit veröffentlichten Analysen sind wohl nur die Spitze des Eisbergs, denn die Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer werden erst im Oktober 2022 publiziert. Einen PISA-Schock 20 Jahre nach den ersten Ergebnissen können wir uns nicht leisten. Das bedeutet: Wenn es nicht gelingt, Bildungsverluste nach Schulschließungen und Distanzunterricht wettzumachen, dann ist Präsenzunterricht die allererste Bürgerpflicht. Auch die Diskussion über zu niedrig angesetzte Mindeststandards ist längst überfällig. Wenn die von der KMK gesetzten Qualitätsstandards in einzelnen Ländern nicht ernst genommen werden, kann fehlenden Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule auch nicht begegnet werden. Wenn jedes fünfte Kind am Ende der 4. Klasse aus dem System fällt, dann ist dies für die Mitarbeit an den weiterführenden Schulen ein Problem, welches zu Frust auf Seiten von Schülern und Lehrern beiträgt.

Zahlen verdeutlichen permanentes Krisenmanagement – Lehrkräfte fehlen überall

„Trotz aller Bemühungen kann meine Schule einigen Schülerinnen und Schülern aktuell nicht die adäquate Unterstützung beim Lernen bieten, die sie benötigen“, sagen 71% der Lehrkräfte, bei Grundschullehrkräften liegt der Wert sogar bei 83%. Fast die Hälfte der befragten Lehrkräfte stimmt der Aussage zu: „Ein Großteil meines Unterrichts besteht aktuell aus Krisenmanagement“, und mehr als die Hälfte der Lehrkräfte kann „den Sorgen und Ängsten der Schülerinnen und Schüler trotz aller Bemühungen aktuell nicht ausreichend Raum geben.“

Die Auswirkungen der Corona-Krise mit Lockdowns und Schulschließungen haben Folgen. Nach Einschätzung fast aller Befragten haben seit Beginn der Pandemie im

Frühjahr 2020 Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen. Motivations- und Konzentrationsprobleme seien deutlich größer geworden, urteilen mehr als 80% der Lehrkräfte. Fast alle negativen Verhaltensweisen haben innerhalb eines halben Jahres zugenommen. Auch eine Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zeigte mehr psychische Auffälligkeiten bei Kindern als vor der Corona-Pandemie. Kinder- und Jugendpsychotherapeuten stellen einen starken Andrang in ihren Praxen und Kliniken fest. Die Verhaltensauffälligkeiten der Kinder und Jugendlichen machen vielen Lehrkräften zu schaffen und der Winter 2021/2022 mit anhaltenden Beschränkungen, hohen Krankenständen von Lehrkräften und dem dadurch bedingten Unterrichtsausfall hat zur Verschärfung in den Klassenzimmern beigetragen. Klar ist: Das darf sich im bevorstehenden Winter nicht wiederholen, ist allerdings wohl kaum zu vermeiden, denn dazu bräuchten wir zusätzliche Lehrkräfte im System. Leider wird sich der eklatante Mangel an Lehrkräften noch verstärken, weil Politik seit Jahrzehnten die Nachwuchsgewinnung verschlafen hat.

Gegen die Entgrenzung der Arbeitszeit: Mehr als jede zehnte Lehrkraft will Stunden reduzieren

Lehrkräfte gönnen sich laut Studie der Robert-Bosch-Stiftung nur wenige Pausen, um den stark gestiegenen Anforderungen überhaupt gerecht werden zu können. Fast die Hälfte hält demnach die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten von elf Stunden häufig nicht ein. Stattdessen sitzen viele abends lange an Unterrichtsvorbereitungen, korrigieren Klassenarbeiten oder Klausuren oder füllen individuelle Lernstandsbögen (ILE) aus. Am nächsten Tag stehen sie dann wieder im Klassenraum. „Schularbeiten“ am Wochenende sind für acht von zehn Lehrern die Regel.

Durch die unerträgliche Gesamtsituation an den Schulen einerseits und durch eine völlige Entgrenzung von Arbeitszeit und Erholungszeit andererseits fühlen sich immer mehr Lehrkräfte über dem verantwortbaren Limit und wollen daher in Teilzeit gehen. Mehr als jede zehnte Lehrkraft plant nach der vorliegenden Umfrage die Reduzierung von Stunden. Dies ist in Zeiten des Lehrermangels ein fatales Signal, das die in der Politik Verantwortlichen endlich zum Umdenken bewegen müsste. Wenn nicht schleunigst gegengesteuert wird, brennt das System aus.

Das System Schule muss gestützt und stabilisiert werden – Wer sagt es dem Chef?

Die Corona-Pandemie hat deutliche Spuren in Schule und Unterricht hinterlassen. Das schaffte die Pandemie, weil das Bildungssystem schon seit Jahren auf Kante genäht wurde und viel zu wenig Ressourcen in das System Schule geflossen sind. Es lief nur solange so gut, weil die Kolleginnen und Kollegen sich bis an den Rand der Erschöpfung für ihre Schülerinnen und Schüler ins Zeug gelegt haben. Die junge Generation auf dem Weg ins Leben zu begleiten, bereitet eben Freude und deshalb ist die Mehrheit der befragten Lehrkräfte trotz der zahlreichen Belastungen mit ihrer Berufswahl zufrieden. Aber die Krisen der letzten drei Jahre haben gezeigt, wie fragil das System Schule mittlerweile ist. Es muss jetzt dringend gestützt und langfristig stabilisiert werden. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, damit die im System vorhandenen Lehrkräfte endlich die Unterstützung im Berufsalltag erfahren, die sie verdienen. Nur so lässt sich die insgesamt viel zu hohe Arbeitsbelastung senken. Lehrkräfte-Gewinnung ist also Chefsache: Nur, wer sagt es dem Chef?

„Lehrkräftegewinnung muss Chefsache sein in Niedersachsen!“

Landtagswahl 2022:
Bildungspolitik ist Zukunftspolitik

Von Carla Hermelingmeier

Niedersachsen steht vor der Wahl. Nach fast fünf Jahren Rot-Schwarz – einer keineswegs „großen“ Koalition – geht es einmal mehr um eine wichtige Entscheidung für die Zukunft. Die letzten Jahre waren durch oft quälenden Stillstand in den wichtigen Zukunftsfragen geprägt. Da können sich die Regierungsparteien nicht hinter den Verweis auf die Pandemiebewältigung zurückziehen. Natürlich hat Corona Zeit und Ressourcen gekostet, das kann und will niemand kleinreden. Aber neben den Reaktionen auf die Herausforderungen während der Hochphase der Viruseindämmung hätte dennoch der Wille zur politischen Gestaltung durchblitzen müssen – und zwar über die Pandemie hinaus.

Das Umschalten blieb aus: Flickschusterei statt Modernisierung

Niedersachsen hat im Vergleich der Bundesländer eine Regierung mit Augenmaß erlebt. Unsicherheit gab es in den letzten Jahren genug, die Politik der ruhigen Hand kam da gerade recht. Allein das Umschalten auf Politikgestaltung blieb aus. Weder Rot noch Schwarz haben es geschafft, wieder aktiv zu regieren. Zunächst ging es ums Aufarbeiten, dann ums Analysieren und oh Wunder, jetzt ist schon wieder Wahlkampf. Da werden wichtige Entscheidungen auf die Zeit nach der Wahl vertagt, denn das zahlt sich jetzt ja nicht mehr aus.

Doch, liebe Regierungsverantwortliche, genau das zahlt sich aus! Das bloße Denken und Handeln in Legislaturperioden ist das zentrale Problem, denn diese Kurzfristigkeit läuft notwendigen Entscheidungen in den meisten Politikfeldern entgegen. Insbesondere in der Bildungspolitik ist dies fatal. Wer kennt nicht den Begriff „Schweinezyklus“, der auch im Bereich der Lehrkräfteeinstellung immer wieder fällt. Die Auswirkungen dieses Kreislaufs erleben wir gerade wieder – übrigens in ganz Deutschland! Aber nicht nur beim Mangel an Lehrpersonal, sondern auch bei Investitionen in die notwendige Infrastruktur wird nur kurzfristig gedacht und gehandelt. Flickschusterei statt Modernisierung lautet das Motto.

Wohin geht die Reise für Niedersachsens Bildungspolitik?

Gerade so kurz vor der Wahl lohnt es sich einen genauen Blick in die Parteiprogramme zu werfen. Wer will was, wohin geht die Reise für Niedersachsens Bildungspolitik? Der Vergleich der Programme ist nicht leicht, zu unterschiedlich fällt offenbar schon die Gewichtung von Bildung und Schule aus. Den hohen Stellenwert von Bildungspolitik heben selbstredend alle Parteien hervor. Uns geht es hier in erster Linie um die Punkte, die unseren Verband, unsere Mitglieder und auch Schülerinnen und Schüler sowie Eltern betreffen. Hier finden sich in der konkreten Ausgestaltung deutliche Unterschiede bei den momentan im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die unterschiedlichen Umfänge der betrachteten Punkte ergeben sich aus der jeweiligen Behandlung in den Programmen.

Exemplarisch an drei für den PHVN wichtigen Schwerpunkten wollen wir einen Blick in die Programmatik werfen und aufzeigen, welche Wahl Niedersachsen am Ende hat:

1. Lehrkräfte: Gewinnung, Ausbildung, Wertschätzung

SPD Niedersachsen

- Bedingungen verbessern, mehr einstellen
- grundlegende Reform der Lehramtsausbildung
- höhere Praxis-/Pädagogikanteile im Studium
- Studienplätze bedarfsgerecht zur Verfügung stellen
- Stipendienprogramme für Mangelfächer
- Quereinstieg vereinfachen als Teil von Multiprofessionalität
- A13 für alle vollständig umsetzen

CDU

- 5000 neue Lehrer in nächsten fünf Jahren zusätzlich
- Lehrkräfteprämie für unterversorgte Regionen
- Studienseminare stärken und Kapazitäten passgenau aufbauen/auslasten
- fächerspezifische Bedarfsplanung für Lehrämter einführen,
- Ausbildung verkürzen
- Praxisanteil erhöhen
- berufsbegleitendes Quereinsteiger-Studium
- Altersgrenze für Verbeamtung auf 45 Jahre anheben
- schrittweise A13 für alle

Grüne Niedersachsen

- mithilfe von Sozialindex Schulen mit ausreichend Lehrkräften versorgen
- Wesentliche Veränderung der Lehrkräfteausbildung: nicht länger nach Schulformen sondern nach Jahrgangsstufen
- ehrliche Bedarfsanalyse
- Quereinstieg verbessern
- Multiprofessionelle Teams ausbauen
- A13 für alle

Freie Demokraten Niedersachsen FDP

- Studienkapazitäten dem tatsächlichen Lehrkräftebedarf anpassen
- Studium zwischen Kultus- und Wissenschaftsministerium besser verzahnen
- A13 für alle

2. Das Schulsystem

SPD Niedersachsen

- inklusive Schule
- Ganztag für alle
- Wertschätzung für alle Schulformen, deshalb gleichstellen
- Gesamtschule ist die beste Förderung für Schüler

CDU

- Keine Schulstrukturdiskussion, verlässlicher Weg ohne ständige Reformen/Ideologisierung
- begabungsgerechte Schulangebote mit Erhalt/Ausbau des Förderschulsystems
- Schullaufbahnempfehlung wieder einführen
- kleine Schulstandorte absichern
- weiterhin starke Gymnasien mit Bestandsschutz
- Kooperative Gesamtschule wieder ins Schulgesetz aufnehmen
- moderne Ganztagsschulen mit offenen, teilgebundenen und gebundenen Angeboten

Grüne Niedersachsen

- Lernen in eigenem Takt jahrgangsübergreifend auch an weiterführenden Schulen
- Weg zum Abitur noch individueller gestalten (Stundenplan selbst gestalten und organisieren)
- Gymnasien stärker in Verantwortung nehmen Schüler bis Sek-I-Abschluss zu begleiten (Keine Abschulungswellen mehr)
- bis Klasse 7 auf Noten verzichten
- gebundenes, qualitativ hochwertigen Ganztagschulkonzept
- Lernmittelfreiheit

Freie Demokraten Niedersachsen FDP

- Vielfalt der Bildungslandschaft erhalten, insbesondere im Sek I-Bereich
- Kooperative Gesamtschule wieder ermöglichen

3. Entlastungen und Arbeitsbedingungen

SPD Niedersachsen

- Schrittweise entlasten
- neue Arbeitszeitverordnung

CDU

- Entbürokratisierung des Lehramtes
- Arbeitsbelastungen senken
- Schulfachangestellte schaffen
- kleinere Klassen

Grüne Niedersachsen

- Verbesserungen von Arbeitsbedingungen wie Anpassung Altersermäßigung

Freie Demokraten Niedersachsen FDP

- Entlastungen für Lehrkräfte durch kleinere Klassen
- Altersermäßigung wieder ab 55 Jahren
- Entlastungen der Schulleitungen
- Schulen umfassend entbürokratisieren
- Schulgesundheitsfachkräfte etablieren

Die Übersicht verdeutlicht, dass es insbesondere in den Fragen der Ausbildung der Lehrkräfte sowie der Schulstruktur deutliche Unterschiede bei den Parteien gibt. Von einem Bestandsschutz aller Schulformen bis hin zum angekündigten schrittweisen Zusammenschmelzen auf „eine Schulform für alle“, sind die möglichen politischen Handlungsrahmen weit gesteckt. Auch deshalb geht es bei dieser Wahl um eine Grundsatzwahl in der Bildungspolitik. Die Schulen sind und waren in der Vergangenheit oft Spielball ideologischer Interessen, was immer zum Leidwesen der Bildung an sich sowie aller an ihr beteiligten Personengruppen ausfiel. Daher benötigt gerade die Bildungspolitik eine klare und verlässliche Linie, die nicht nur kurzfristigen Trends folgt. Wichtig bleibt der Blick auf die Gesamtheit bildungspolitischer Inhalte.

Farbenspiel im politischen Tuschkasten?

Was ist also in und für Niedersachsen zu erwarten? Einen Blick in die Zukunft würden viele gerne erhaschen, bisweilen bleibt nur der Blick in die Kristallkugel mit dem Abwägen wahrscheinlicher Möglichkeiten. So plakativ wie in unserem Überblick dargestellt, verhält es sich in der Realität sicher nicht, da müsste es schon für eine Alleinregierung einer Partei reichen. Die nach derzeitiger Ausgangslage möglichen oder wahrscheinlichen Farbenspiele werden aber wie beim Malen mit dem Tuschkasten enden. Am Ende bleibt keine Farbe in ihrer ursprünglichen Form erhalten. Allerdings mit dem Unterschied, dass die Farbgebungen beim Mischen der Tusche vorhersehbar sind, im politischen Farbkasten sind sie dies zumeist nicht. Welcher Partner einer möglichen Koalition in welchem politischen Themenfeld am Ende Verantwortung übernimmt und welches bunte Gemenge der Vertrag am Ende enthält, das wissen derzeit nicht einmal die Parteien selbst.

Die Aufzählung unserer Vergleichspunkte zeigt eine deutliche Richtung auf. Es ist davon auszugehen, dass zwei Partner, die für die Umgestaltung des Schulsystems hin zu mehr Vereinheitlichung sind, diese auch in ihrem Koalitionsvertrag festschreiben. Bestehen hier grundsätzlich große Unterschiede in den Überzeugungen, wird am Ende eher der verhaltene Kompromiss stehen. Dann geht es um kleine Reformen, keine allzu großen Eingriffe, bei dem ein Partner sein Gesicht verlieren würde. Und immer bleibt am Ende noch der Test an der Realität, spätestens, wenn es um die Finanzierung der erwogenen Projekte geht.

Als Verband können und wollen wir keine Wahlempfehlung abgeben. Wir sind und bleiben überparteilich. Mit Nachdruck empfehlen wir aber, die Programme sehr genau zu lesen, die Möglichkeiten zu durchdenken und dann eine Entscheidung zu treffen. Mit der Ausbildung jetziger und künftiger Schülerinnen und Schüler steht und fällt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Ebenso steht und fällt die berufliche Zukunft der Lehrkräfte mit der Ausrichtung dieser Politik, egal ob sie noch ausgebildet werden oder schon im Dienst stehen.

Wenn auch die Bildungspolitik nicht das allein ausschlaggebende Thema der Wahlentscheidung sein kann, sollte sie großes Gewicht haben. Denn Bildungspolitik ist Zukunftspolitik!

Philologenverband Niedersachsen fordert Bildungsministerium, um Lehrermangel endlich anzugehen

Philologenverband Niedersachsen

Vor den Sommerferien stellte der Philologenverband Niedersachsen der für die Bildungspolitik verantwortlichen Klasse ein miserables Zeugnis aus. Das gelte für alle, die dem Lehrermangel seit Jahrzehnten nicht entschieden begegnet seien. Zuallererst seien dies die Kultusministerinnen und Kultusminister des Landes, aber auch die Präsidentinnen und Präsidenten der Kultusministerkonferenz. „Wenn Frau Prien behauptet, die ansteigenden Schülerzahlen seien nicht „vorhersehbar“ und der Lehrermangel sei plötzlich entstanden, dann irrt die KMK-Präsidentin gewaltig. Natürlich war die zusätzliche Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine so nicht absehbar, dennoch ist der Mangel an den Schulen ein jahrzehntelanges Problem, das nicht entschieden genug angegangen wurde. Wenn man sich darüber erstaunt zeigt, dass Kinder sechs Jahre nach ihrer Geburt schulpflichtig sind und weitere vier Jahre später einen Platz an einer weiterführenden Schule finden müssen, dann sind die Äußerungen von Frau Prien weltfremd und völlig realitätsfern“, erklärt der Vorsitzende des Philologenverbandes, Dr. Christoph Rabbow.

Niedersachsen braucht nach der Landtagswahl ein Bildungsministerium

Die Probleme seien in Niedersachsen ebenso dramatisch wie in den anderen Bundesländern. „Alle reden und schreiben vom Lehrkräftemangel, doch keiner tut wirklich etwas, um den Mangel zu beheben. So darf es nicht weitergehen, wenn wir nicht sehenden Auges in eine Bildungskatastrophe schlittern wollen. Es ist längst nicht mehr alleinige Aufgabe der Kultusministerien, sondern eine von nationaler Tragweite, die die Richtlinienkompetenz der Länderchefs erfordern würde“, betont Rabbow. Von der großen Koalition in Niedersachsen sei hier nichts mehr zu erwarten, die Bilanz sei ernüchternd. „Wie auch immer die politische Konstellation nach der Landtagswahl im Herbst 2022 sein wird, wir fordern ein Bildungsministerium, das die Lehrkräftegewinnung vom Eintritt in das Studium bis hin zum Besetzen einer Planstelle im niedersächsischen Schuldienst bündelt“, stellt der Verbandsvorsitzende klar. Das völlig unkoordinierte Vorgehen zwischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und dem Kultusministerium (MK) sei ein wesentlicher Grund für den Lehrkräftemangel. Das dürfe nach der Wahl nicht so bleiben. „Wer auch immer nach den Landtagswahlen Koalitionsverhandlungen führt, muss wissen: Die komplette Lehramtsausbildung gehört in eine Hand“, betont Rabbow.

Pressekonferenz zur Vorstellung des PHVN-Konzeptes zur Lehrkräftegewinnung

Philologenverband hat klares Konzept für die zukünftige Lehrkräftegewinnung

Im Studium müssen die Kapazitäten für die Studierenden des Lehramts nicht nur deutlich erhöht werden, man müsse den Interessenten auch wirklich die Möglichkeit für die Aufnahme des gewünschten Studiengangs eröffnen. Universitäres Aussieben von Studierenden durch überhöhte Anforderungen nur vier Wochen nach Studienbeginn sei dabei ebenso fragwürdig wie die Festlegung von Zulassungsbeschränkungen mit einem Numerus Clausus von 1,4 für bestimmte Unterrichtsfächer.

„Die Lehramtsausbildung an den Universitäten muss schulformspezifisch erfolgen, denn nur so wird es der Ausbildung der verschiedenen Professionen an den Schulen gerecht. Noch vor der Bachelorprüfung muss ein Praxissemester der Studierenden, das an die niedersächsischen Studienseminare angegliedert werden muss, erfolgen. Die Ausbildenden an den Seminaren sind die Schulprofis mit dem Blick für das Wesentliche im Unterricht. Nur sie können die zugehörige Unterstützung und Hilfe leisten oder frühzeitig erkennen, wenn Studierende für die Tätigkeit im Schuldienst nicht geeignet sind“, erklärt Rabbow weiter.

Der Philologenverband fordert, dass bereits sechs Wochen nach dem Masterabschluss, der Anfang März oder Anfang September erfolgen müsse, Studierende am 1.5. bzw. 1.11. eines Jahres einem Studienseminar ihrer Schulform als Lehrkräfte zugewiesen werden. Es folge dann ein 21-monatiger Vorbereitungsdienst, bestehend aus einer dreimonatigen Einführungs- und einer 18-monatigen

© Corri Seizinger – Adobe Stock

Qualifikationsphase. Die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren seien so aufzustocken, dass alle Studienabgänger ohne Wartezeiten in den Vorbereitungsdienst gehen können. Nach dem Referendariat erhalten alle Lehrkräfte, die den Vorbereitungsdienst erfolgreich abgeschlossen haben, ein Angebot auf eine Planstelle, die ihren erlangten Qualifikationen entspreche.

Vermehrt Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst unverzüglich ermöglichen

„Da das Konzept erst mittel- bis langfristig greift, brauchen wir kurzfristig zusätzliche Studierende, die über den Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst kommen. Grundlage für den Einsatz in den niedersächsischen Schuldienst muss das Referendariat sein und bleiben. Andere von sogenannten Bildungsverantwortlichen „kreativen“ Lösungen lehnen wir ab“, stellt der Vorsitzende klar. Natürlich müsse vorab eine Prüfung der Qualifikationen aus dem Studium erfolgen und es müssen klar definierte Anforderungen an die unterschiedlichen Schulformen gestellt werden.

Dass die Zulassung zum Quereinstieg an 30 fehlenden Creditpoints scheitere und Interessenten dann die fehlenden Punkte durch ein Studium noch nachholen müssen, sei nicht zielführend. „An den Studienseminaren sind hervorragende Ausbilderteams, die aufgrund ihrer Expertise viel besser als irgendein Zertifikat über 30 Creditpoints entscheiden können, ob zugelassene Interessenten die Qualifikation für das Lehramt erfüllen oder nicht. Die fachdidaktische und pädagogische Ausbildung an den Seminaren ist entscheidend für den Einsatz als niedersächsische Lehrkraft. Der Ausbildungskorridor muss dazu deutlich breiter aufgestellt werden. Auch hier fordern wir eine Stärkung der Studienseminare“, so Rabbow.

Studienseminare sind Schlüssel zur Lehrkräftegewinnung

Für die Lehrkräftegewinnung sind bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen nötig. Die Qualifizierung jedoch findet in den Studienseminaren statt. Die Studienseminare seien das Bindeglied zwischen abgeschlossenem Studium und den ersten Schritten als voll ausgebildete Lehrkraft. „Auch wenn das Kultusministerium dies noch nicht genügend zur Kenntnis genommen hat, hier sitzen Profis, die mit ihrer Ausbildung die Zukunft künftiger Lehrerinnen und Lehrer gestalten und dies machen sie höchst professionell“, stellt Rabbow klar.

Es komme auf Wissen, Handlung und Haltung bei den zukünftigen Lehrkräften an und genau dies werde vor allem in der Praxis über professionelle Beratungen nach Unterrichtshospitationen erreicht. „An dieser sensiblen Stelle nun die Sparschraube ansetzen zu wollen, ist absolut töricht. Es zeigt aber auch, dass eine ernsthafte Behebung des Lehrermangels noch nicht in den Blick genommen wurde und sich wohl mittelfristig die unterirdische Unterrichtsversorgung verfestigt. Ganz zu schweigen von der abschreckenden Wirkung, die dieses Signal auf zukünftige Lehramtsstudierende oder Lehramtsanwärter hat“, bedauert der Vorsitzende des PHVN.

„Wenn es um die Bildung und die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler geht, dann sollte dies eigentlich Chefsache sein. Auch darüber stimmen wir bei der Landtagswahl am 9.10.2022 ab“, appelliert Rabbow abschließend.

Hintergrundwissen zum Schulsystem in der Ukraine

Viele ukrainische Schülerinnen und Schüler werden seit Monaten an deutschen Schulen unterrichtet. Wie das Schulsystem in der Ukraine aufgebaut ist, welche Fremdsprachen gelernt werden und welche Abschlussprüfungen es gibt, darüber sind die Kenntnisse hierzulande aber noch gering. Ein erster Überblick:

Bayerischer Philologenverband

Die Zuständigkeit von der Vorschulerziehung bis zu den Hochschulen liegt in der Ukraine beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Das Ministerium entwickelt die Bildungsstandards und ist auf allen Ebenen vorgesetzte Behörde für die Institutionen.

Aufbau des Schulsystems in der Ukraine
Die Kinder werden in der Ukraine mit sechs Jahren eingeschult. Dabei lernen alle bis mindestens zur 9. Klasse gemeinsam unter einem Dach. Die Primarstufe reicht von der 1. bis zur 4. Klasse, die Sekundarstufe I von der 5. bis zur 9. Klasse. Wer das Abitur erreichen möchte, lernt in der Sekundarstufe II weiter bis zur 11. Klasse.

Eine Aufteilung nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen wie in Deutschland gibt es nicht. „Die allgemeinbildende Schule in der Ukraine ist vergleichbar mit den hiesigen Gemeinschaftsschulen“, erklärt Gerald Miebs, Schulleiter der Deutschen Schule in Kiew im Schulportal. Vor vier Jahren wurde die Umsetzung einer „Neuen ukrainischen Schule“ beschlossen. Demnach soll die Oberschule bis zur 12. Jahrgangsstufe erweitert werden. Das trifft aber erst auf die Kinder zu, die jetzt in der Primarstufe lernen. Die Prüfungen für die mittlere Reife finden am Ende der 9. Klasse statt. Am Ende der 11. Klasse gibt es zentrale Abiturprüfungen. Diese werden jedoch nicht an der jeweiligen Schule vor Ort durchgeführt, sondern mit externen Prüferinnen und Prüfern an dafür vorgesehenen Schulen. Die Schülerinnen und Schüler müssen sich dafür mit ihren Prüfungsfächern auf einer Plattform der Schulbehörde anmelden. Die schriftlichen Prüfungen haben einheitliche Aufgaben und werden im ganzen Land zur selben Zeit abgelegt. Es müssen schriftliche Abiturprüfungen in mindestens vier Fächern geschrieben werden. Die Prüfungsfächer Mathematik und Ukrainisch sind für alle verpflichtend.

In der Ukraine besteht Schulpflicht. Der Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt der Ukraine lag im Jahr 2019 bei 5,44 Prozent*. Es ist davon auszugehen, dass die Aufnahme in einer Schule für ankommende (Teil-) Familien eine hohe Relevanz hat und die Institution „Schule“ als wichtiger Ort angesehen wird.

Ein wichtiges Medium der Ukrainisierung ist seit vielen Jahren das Schul- und Vorschulwesen. Heute besuchen fast 90 Prozent der Schüler Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache. Dieser Anteil ist höher als der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung, entspricht aber in etwa dem Anteil der Bürger, die sich als Ukrainer identifizieren, sich also der ukrainischen politischen Nation zurechnen. 9 Prozent der Schüler lernen an Schulen mit russischer Unterrichtssprache; zudem haben 25 Prozent der Schüler Russisch als obligatorisches Unterrichtsfach.

Fächer
Die Fächer Muttersprache, Mathematik (Algebra und Geometrie), Fremdsprache, Naturwissenschaften (einschließlich Informatik), Gesellschaftswissenschaften, künstlerische Fächer und Sport bestimmen an den allgemeinbildenden Mittelschulen den Fächerkanon. In den Jahrgangsstufen 5-11 ist verpflichtend das Unterrichtsfach Geschichte der Ukraine zu belegen. An den Schulen in der Ukraine wird kein Religions- bzw. Ethikunterricht erteilt.

Fremdsprachen in der Ukraine
Alle Schülerinnen und Schüler lernen in der Regel ab der 1. Klasse, spätestens ab der 3. Klasse, als erste Fremdsprache Englisch. Dadurch sind sie von Anfang an mit dem lateinischen Alphabet vertraut. Ab der 5. Klasse kommt als zweite Fremdsprache in den meisten Fällen Deutsch hinzu. Nur an sehr wenigen Schulen werden neben Deutsch noch andere Sprachen wie etwa Französisch oder Polnisch angeboten. An einigen Schulen ist es auch möglich, Deutsch als erste Fremdsprache zu wählen, dann beginnen die Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse mit Englisch. Das lateinische Alphabet gehört über die schulischen Fremdsprachen hinaus zur Lebenswirklichkeit in den Medien, der Werbung und dem Freizeitbereich. Auf die Situation des Fremdsprachenunterrichts wird in einer eigenen Darstellung eingegangen werden.

* Vergleichswert Deutschland 2019: 4,4%

Die Schulzeit ist in der Ukraine ein Jahr kürzer als in Deutschland. Der Umfang der Wochenstunden ist in den einzelnen Fächern vergleichbar mit denen in Deutschland. „Dafür haben die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II meist viel mehr Hausaufgaben als hier“, sagt Olena Kovalchuk von der Deutschen Schule in Kiew. Im Normalfall gibt es täglich fast in jedem Fach Hausaufgaben. Die Bildungsreform sieht aber vor, das künftig zu ändern und die Schülerinnen und Schüler zu entlasten.

Vergleichbarkeit der Schulnoten
In der Ukraine gibt es Noten von 12 bis 1. Die Schulnoten 12 bis 10 sind sehr gut, 9 bis 7 gut, 6 bis 4 befriedigend und 3 bis 1 ungenügend. Seit der Reform gibt es in der Primarstufe von Klasse 1 bis 4 keine Noten, sondern verbale Bewertungen. Ab der 5. Klasse gibt es in fast jeder Unterrichtsstunde Noten für schriftliche oder mündliche Leistungen. Zum Abschluss jeder Themeneinheit wird eine Klassenarbeit geschrieben. An den staatlichen ukrainischen Schulen beginnt der Unterricht in der Regel um 8:30 Uhr. An einigen Schulen können die Kinder auch bis zum Nachmittag betreut werden oder an Arbeitsgemeinschaften teilnehmen. Echte Ganztagsschulen bieten in der Ukraine eher private Schulträger an.

Einen gewissen Unterschied im Unterricht erklärt Olena Kovalchuk so: „Der Unterricht an ukrainischen Schulen setzt oft sehr theoretisch auf reine Wissensvermittlung. Projektarbeit oder Anwendungen in anderen Settings gehören noch nicht an allen Schulen zum Schulalltag.“ Aber auch das sollte sich mit der 2019 eingeleiteten Bildungsreform ändern. Der Fokus soll dann stärker auf Kompetenzen liegen als auf der reinen Stoffvermittlung. Die Umsetzung ist aber noch in der Pilotphase.

Wolfgang Judenmann, Vorsitzender der Fachgruppe Moderne Sprachen im Bayerischen Philologenverband

Quellen: *www.las.bayern.de/zeugnisanerkennung/*
• Das Schulportal • Staatliche Schulberatungsstelle Obb.-West • Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Ref. V.6, Stand: 31.03.2022 • Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg • Bundeszentrale für politische Bildung.
In allen Quellen sind weitergehende Informationen zu finden.

Aktionen zum Thema Frieden: Guter Ansatz, aber das MK muss liefern

Von Cord Wilhelm Kiel

In Europa herrscht – nach vielen Jahrzehnten des Friedens zumindest in Zentraleuropa – wieder Krieg. Ein Krieg, den viele sich zuvor in dieser Form einfach nicht vorstellen konnten. In Deutschland findet die Auseinandersetzung mit Krieg glücklicherweise hauptsächlich im Geschichtsunterricht statt. Die junge Generation war also überrascht, schockiert und auch angsterfüllt. Was passiert dort (fast) in unserer Nachbarschaft, wie weit geht diese Auseinandersetzung? In den Nachrichten rückt das Geschehen in der Ukraine zunehmend in den Hintergrund. Wir nehmen es nicht mehr so akut wahr, ein verständlicher Schutzmechanismus der menschlichen Psyche. Dennoch sind eine aktive Auseinandersetzung, ein Bewusstmachen und Aufarbeiten der aktuellen Geschehnisse und auch der Lehren aus der Vergangenheit unumgänglich.

Immer mal wieder flammte in den vergangenen Jahren die Diskussion um Demokratiebildung in den Schulen auf. Jetzt soll es eine niedersachsenweite Aktion nach den Ferien geben. Der Kultusminister ruft in seinem Brief vom 12. Juli 2022 mit folgenden Worten dazu auf: „Im Zeitraum vom 21.09. bis zum 14.10.2022 sollen in allen Schulen Niedersachsens Aktionen zum Thema „Frieden“ vorgesehen werden. Diese können sich auf den Krieg in der Ukraine beziehen, aber auch darüber hinaus gehen. Die Ausgestaltung liegt in der Hand der Schulen, es sind sowohl konzertierte Aktionen an einem einzelnen Tag als auch kleinere Projekte an unterschiedlichen Tagen möglich. Möglicherweise bietet sich auch der Besuch außerschulischer Lernorte und/oder die Kooperation mit außerschulischen Partnerinnen und Partnern an. Anregungen und Beispiele für die Umsetzung gehen Ihnen noch gesondert zu.“

In den Lehrerzimmern sorgte dieser neue Ministerbrief – der einen Tag vor dem Beginn der sehnlichst erwarteten und dringend benötigten Ferien erschien, zu einem „Unzeitpunkt“ – für deutlich vernehmbares Stöhnen. Erneut eine neue Aufgabe, die so nicht absehbar, nicht in den Plan fürs neue Schuljahr eingetaktet war. Die Frage, ob man im MK überhaupt noch wisse, was an den Schulen los sei, wurde wieder einmal in den Raum gestellt. Die nochmals gestiegenen Belastungen nach zwei Jahren Corona haben erhebliche Spuren in den Kollegien hinterlassen, viele sind ausgebrannt, am Ende ihrer Kapazitäten oder – teils schon langfristig – erkrankt. Sind die Friedensprojekte, die das Ministerium nun vorschreibt, also eine überflüssige Zumutung zum falschen Zeitpunkt? Auf diese Frage müssen wir aber doch mit einem klaren NEIN antworten. In Zeiten, in denen ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg in Europa stattfindet, muss das Thema „Frieden“ auch unterrichtliche Aufmerksamkeit bekommen. Demokratiebildung und Informationen, Unterrichtsinhalte oder eben tatsächlich Aktionen zum Thema „Frieden“ sind für unsere Gesellschaft elementar und unverzichtbar.

Der Philologenverband Niedersachsen ist seit kurzem Mitglied der Europäischen Bewegung Niedersachsen (EBN), einem „Sammelbecken“ aller möglichen Institutionen, die sich vor allem für Völkerverständigung, Demokratie und Bildung einsetzen. Die Invasion von Truppen der Russischen Föderation vom 24. Februar 2022 ist nicht nur ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern zugleich ein Angriff auf die westliche Werteordnung, unser Verständnis von Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in einer liberalen Gesellschaftsordnung. Europa, auch und gerade die Europäische Union, haben sich überraschend geschlossen gezeigt, und treten dieser Aggression entschieden gegenüber. Frieden, Freiheit und Demokratie zeigen sich in dieser Situation als einigendes Band Europas und der freien Welt gegen Aggression, Hegemonialdenken und Unterdrückung. Daher kann und muss die aktuelle Situation in Europa und der Welt auch vor den Schultüren nicht Halt machen. Wir brauchen Friedenserziehung und Demokratiebildung, wir brauchen dies, um unsere Schülerinnen und Schüler aufmerksam zu machen, zu sensibilisieren und gegen Demokratiefeinde einzustehen. Wir brauchen dies auch, um die geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine bei uns zu integrieren.

„Komm wir zieh’n in den Frieden“

singt aktuell Udo Lindenberg. Dies könnte das Motto der bevorstehenden Projekte sein.

Was wir aber auch brauchen: Nicht nur „Anregungen und Beispiele für die Umsetzung“, wie es im Ministerbrief steht, sondern konkrete Angebote und Materialien aus dem MK für die Schulen! Oder soll jede einzelne Schule, jedes Kollegium – wie bei den zahlreichen Schulcurricula und Konzepten, die ständig entwickelt, fortgeschrieben und evaluiert werden müssen – das Rad neu erfinden, viel Arbeitszeit verbrennen und im eigenen Saft schmoren? Das darf es nicht sein – dafür ist die aktuelle Lage zu ernst, dafür ist der Ansatz zu „Aktionen zum Thema Frieden“ zu kurzfristig und das Thema zu wichtig!

Wesentlich ist aber auch, die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine vernünftig zu beschulen und sie nicht einfach in vorher schon übervolle Klassen zu stopfen. Das wäre nicht nur ein Beitrag zum Frieden, zu guter Bildung und zur Demokratieerziehung, sondern auch zur Entlastung und zur sinnvollen Arbeit an den Schulen sowohl mit unseren Schülern und Schülerinnen als auch mit den Geflüchteten.

Lasst uns Gesicht zeigen

Von Christian Krakau

Vertrauenspersonen des PHVN sind in der Regel die ersten Ansprechpartner für Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, die in irgendeiner Weise die Hilfe des Verbandes in Anspruch nehmen wollen. Dasselbe gilt aber auch für den umgekehrten Weg: Nahezu immer sind es die Vertrauensleute des Verbandes, die auf die „Neuen“ im Kollegium zugehen und auf die Arbeit der Philologen aufmerksam machen. Manchmal, aber natürlich nicht immer, reicht das schon aus, und wenig später können neue Mitglieder des PHVN begrüßt werden. Es liegt deshalb in der Natur der Sache, wenn sich die Vertrauensleute der Schulen untereinander über ihre Arbeit regelmäßig austauschen, denn, so wusste schon Konrad Adenauer, „es kann mich doch niemand daran hindern, jeden Tag klüger zu werden.“

Bei einem solchen Gespräch klagte mir neulich die Vertrauensfrau eines Nachbargymnasiums, dass die erste „Fühlungnahme“ bei den zuletzt eingestellten Kolleginnen und Kollegen relativ schnell in deren Frage mündete, was Ihnen denn eine Mitgliedschaft konkret bringe. Auch mir ist diese Frage zuletzt häufiger gestellt worden, z. B. bei Vorstellungen des Verbandes im Studienseminar. Meine Verweise auf die bisher errungenen Erfolge des PHVN, insbesondere die Zurücknahme der Deputatserhöhung für die Gymnasiallehrkräfte 2015, fruchten dabei nicht immer. Ähnlich erging es der Kollegin, nur dass dann auch noch nachgeschoben wurde, eine andere Gewerkschaft sei für alle Beschäftigten im Bildungswesen da, weshalb sie das Ohr näher an den Bedürfnissen der Lehrkräfte vor Ort habe.

Zugegeben, der Vorwurf, wir Philologen hätten nur das Gymnasium im Blick und nicht das große Ganze, ist nicht neu, was jedoch nicht für die Widersprüchlichkeit der zuvor beschriebenen Aussage gilt: Denn wenn der PHVN als reine Interessenvertretung der Gymnasiallehrkräfte wahrgenommen wird (was ja auch stimmt), dann kann eine Gewerkschaft, die alle Beschäftigten im Bildungswesen im Blick hätte, unmöglich näher an den Gymnasien dran sein.

Offenbar ist, und das war das Ergebnis des Austauschs unter uns Vertrauensleuten, die Wahrnehmung des Verbandes aus berufs- und schulpolitischer Perspektive eine andere als sein Erleben im kollegialen Umfeld in der eigenen Schule. Anders ausgedrückt: Der abstrakt erscheinenden Verbandsarbeit, der man beispielsweise in den Medien, aber auch den PHVN-Flyern begegnet, steht manchmal ein „Nicht-Bemerken“ des Philologenverbandes im Kollegium gegenüber. Wo sind sie denn, die Philologen, und vor allem: Wer sind sie?

Die Antwort liegt dabei doch auf der Hand: In jedem Gymnasium und jeder Gesamtschule gehen Philologen ihrer Arbeit nach, egal ob als Fachlehrerinnen und Fachlehrer, Klassenleitungen, Fachobleute oder Schulleitungsmitglieder, nur tragen sie ihre Verbandszugehörigkeit dabei nicht vor sich her. Sie tun vielmehr ihren Dienst gewissenhaft, und der eine oder die andere bezieht darüber hinaus auch bildungs- und schulpolitisch Stellung im Lehrerzimmer.

Man stelle sich nun einmal vor: diese Kolleginnen und Kollegen geben sich als Philologen zu erkennen, wenn sie beispielsweise Berufsanfängern oder auch Referendarinnen und Referendaren mit (Be)Rat(ung) und Tat zur Seite stehen, wenn sie innerhalb der Fachgruppen bewährte Arbeitsmaterialien weitergeben, wenn sie in schwierigen Situationen unterstützen oder einfach nur kollegiale Solidarität zeigen. Das alles (und noch viel mehr) leisten wir (und viele andere selbstverständlich auch) ohnehin, der Verweis auf den Verband ließe diesen allerdings im alltäglichen Umgang, in der konkreten Situation erfahrbar werden. Wir zeigen Gesicht und machen damit deutlich, wie wir uns unsere Arbeit und unsere Schule vorstellen, welche Überzeugungen und Ziele für uns handlungsleitend sind, was für uns ein modernes Gymnasium ist. Kurz: Dass die spezifischen Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien und der Sekundarstufe II der Gesamtschulen am besten beim Philologenverband aufgehoben sind.

Die eingangs erwähnte Frage, was man denn von einer Mitgliedschaft im PHVN habe, würde dann konkret vorgelebt. Der Philologenverband Niedersachsen ist nicht nur mit mehr als 8000 Mitgliedern DIE Vertretung der Gymnasiallehrkräfte in Niedersachsen, sondern er bietet durch seine Mitglieder an jedem Gymnasium und jeder Gesamtschule vielfältige Expertise, gegenseitige Unterstützung und Solidarität.

Gerade angesichts des heraufziehenden Lehrermangels und der damit zu befürchtenden weiteren Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen ist ein starker Verband, der sich für die Interessen seiner Mitglieder einsetzt und in jedem Lehrerzimmer ansprechbar ist, unabdingbar. Es liegt in unser aller Interesse, unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen darauf aufmerksam zu machen.

Und so lautet mein abschließender Appell: Lasst uns als Philologen an den Schulen Gesicht zeigen!

Im Ernst, wen wundert’s...?! Oder: Wer es sich leisten kann, flüchtet!

Evaluation über die Beweggründe für das vorgezogene Ausscheiden aus dem aktiven Dienst

Von Astrid Thielecke

Am Ende des Schuljahres 2021/22 standen wieder zahlreiche Pensionierungen an, die in den meisten Fällen vor Erreichen der Altersgrenze erfolgten.

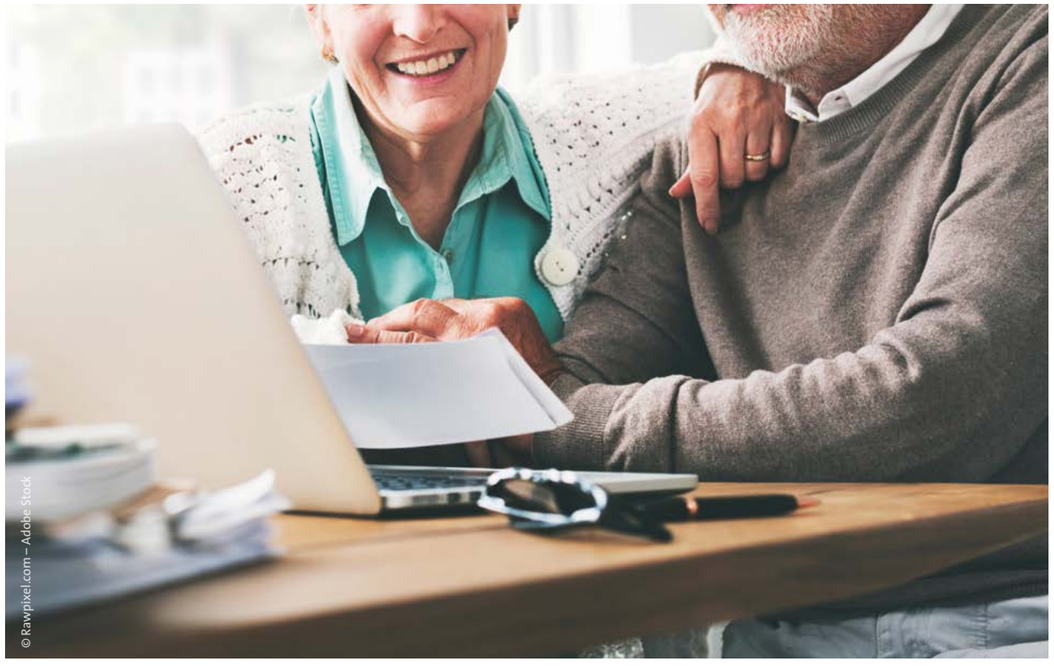
Für Verwunderung und teilweise Empörung sorgte ein Evaluationsbogen des Innenministeriums, zu den Beweggründen für das vorgezogene Ausscheiden aus dem aktiven Dienst, der mit der Entlassungsurkunde ausgegeben wurde.

Zur Genese:

- ➔ Seit 2012 können sich niedersächsische Landesbeamtinnen und -beamte auf Antrag mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzen lassen. (Dies scheint bundesweit einmalig zu sein.)
- ➔ Im Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2019 zum Haushaltsjahr 2017 wurde bemängelt, dass der Anteil der vorzeitig pensionierten Landesbeamtinnen und -beamten zwischen 2015 und 2017 bei rund 55% lag.
- ➔ Recherchiert man im Bericht genauer, so findet man, dass bei Lehrkräften dieser Fall am häufigsten vorkommt (gefolgt von Angehörigen der Finanzverwaltung). 2017 waren z.B. von 5882 Pensionärinnen und Pensionären 2000 zwischen 60 und 63 Jahre alt, was einem Anteil von 34% entspricht. Und dies, obwohl Lehrkräfte, die mit Vollendung des 60.Lebensjahres aus dem Dienst ausscheiden, Versorgungsabschläge bis zu 25,2% in Kauf nehmen!
  Laut NBB ist mit der steigenden Anzahl von vorzeitigen Pensionierungen auf Antrag ein Rückgang der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit zu verzeichnen. Offensichtlich scheuen die betroffenen Personen das hierzu nötige aufwendige Verfahren und nehmen lieber höhere Abschläge in Kauf. Bei vorzeitigem Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit beläuft sich die maximale Abschlagshöhe auf 10,8%.
- ➔ Der Niedersächsische Landtag hat nun aufgrund der Forderung des Landesrechnungshofs am 25.10.2019 beschlossen, dass in den Landesbehörden eine Evaluation zu den Beweggründen des vorgezogenen Ausscheidens durchgeführt wird. Der Zeitraum endet am 31.12.2022.

Was wird abgefragt?

Neben Geschlecht, Profession, Laufbahngruppe und Alter kann man zum Einen persönliche Gründe ankreuzen (z.B. mehr Zeit, gesundheitliche Probleme, Vermeidung Dienstunfähigkeitsverfahren). Bei dienstbezogenen Gründen bestehen die Antwortmöglichkeiten aus: u.a. Überforderung (auch durch neue Techniken), nicht mehr aus-



gefüllt sein, Unzufriedenheit mit der Arbeitsorganisation, Verhalten der Führungskräfte.

Man soll dann auch angeben, ob sich der Zeitpunkt auf die Höhe der Versorgungsabschläge auswirkt. Als Vorletztes darf man ankreuzen, ob die persönlichen oder die dienstlichen Gründe die entscheidende Rolle spielen.

Als Letztes wird auf dem Bogen gebeten, mögliche Maßnahmen für einen längeren Verbleib im aktiven Dienst vorzuschlagen.

Mögliche Maßnahmen gegen eine vorzeitige Pensionierung:
Hier sind einige Vorschläge. Der PHVN fordert schon lange:

1. Eine angemessenes Altersermäßigung (wie in anderen Bundesländern selbstverständlich),
2. ein attraktives Altersteilzeitmodell,
3. Entlastung von zusätzlichen außerunterrichtlichen Aufgaben,
4. mehr Anrechnungs- und Freistellungsstunden.

Und dann noch Corona und Krieg...
Wenn man bedenkt, dass sich die Zahlen des LRH auf die Jahre 2015-17 beziehen, braucht man nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie es wohl jetzt in Corona-Zeiten aussehen wird. Die Pandemie hat allen Lehrkräften zusätzlich unvorstellbare Kraft abverlangt. Nicht nur die oft unklaren, häufig wechselnden Bestimmungen und das Einarbeiten in digitale Möglichkeiten, sondern auch der Umgang mit den großen Problemen der Schülerinnen und Schüler durch die Krisen bzgl. Gesundheit und zuletzt auch die Integration der Flüchtlinge aus der Ukraine haben die Belastungen immer weiter anwachsen lassen.

Der verschärfte Lehrkräftemangel führt außerdem zu Abordnungen oder zur Ablehnung von Teilzeit-Anträgen nach § 61 (nicht aus familiären Gründen). Es scheint so, dass die Hälfte all dieser TZ-Anträge der Grundschul- und Förderschullehrkräfte nicht genehmigt wurde. Natürlich ist das rechtmäßig, wenn dienstliche Gründe entgegenstehen. Aber viele davon betroffene Lehrkräfte reduzieren aus gesundheitlichen Gründen zum eigenen finanziellen Schaden, um ihren Dienst überhaupt noch leisten zu können. Die Antwort der RLSBs, man möge dann doch auf verminderte Dienstfähigkeit gehen, hilft da auch nicht weiter. Der Lehrkräftemangel wird sich zwar auf dem Papier verbessern, aber der Unterrichtsausfall durch erkrankte Lehrkräfte ansteigen.

Das Lehrkräftegewinnungspaket des MK hofft hingegen darauf, dass Lehrkräfte ihre Pensionierung hinausschieben oder Pensionäre und Pensionärinnen doch noch Unterrichtsstunden erteilen. Wie viele Freiwillige werden sich wohl angesichts der geschilderten Bedingungen dafür finden?

Der PHVN wird gespannt die Ergebnisse der Evaluation des Innenministeriums abwarten.

Ziemlich sicher wissen wir, wie man die vorzeitige Pensionierung vermeiden könnte!

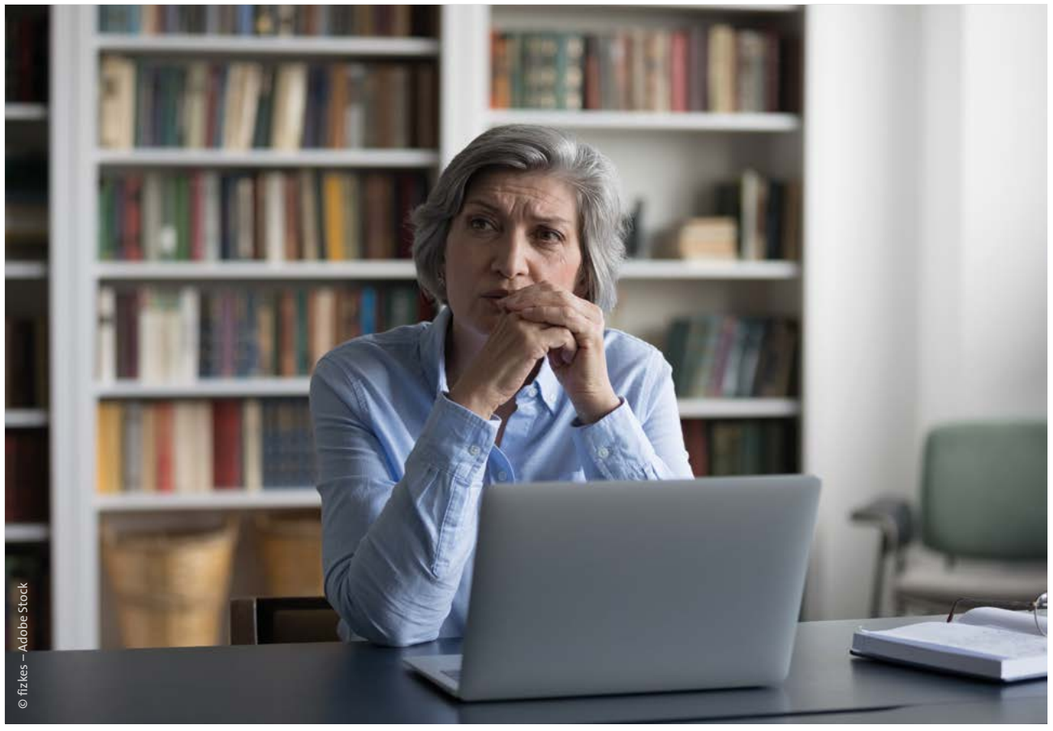
Wo bleibt die faire Alimentation für die Versorgungsberechtigten?

NBB-Landesseniorenvertretung

Am 5. April 2022 hat die Geschäftsführung der Landesseniorenvertretung des NBB (LSV) einen Offenen Brief an die Landesregierung, die Parteien und die Landtagsfraktionen geschrieben. Es geht um eine faire Alimentation für die Versorgungsberechtigten. Diese Beamtengruppe wurde sowohl von der 1.300-Euro-Einmalzahlung im Frühjahr 2022 als auch von der jährlichen Sonderzahlung, dem sogenannten Weihnachtsgeld, die seit 2020 an alle aktiven Beamten gezahlt wird, ausgeschlossen. Neben der allgemeinen schlechten Besoldungssituation in Niedersachsen, den häufigen Einsparrunden und der mangelnden Wertschätzung für Beamte, die sich im Ruhestand befinden, haben diese Schlechterstellungen das Fass zum Überlaufen gebracht (siehe auch niedersachsen-magazin Heft 5/2022).

Aufgrund des Offenen Briefes hat die LSV Gespräche mit Vertretern der im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien geführt. Mit dem Landesvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Althusmann, und dem Finanzminister Herrn Hilbers wurde das Thema eingehend und intensiv erörtert. Weiterhin wurden Gespräche geführt mit dem haushaltspolitischen Sprecher der FDP, Herrn Grascha, und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Heere (Bündnis 90/ Die Grünen). Auch mit den Mitgliedern des AK Haushalt und Finanzen der SPD unter Leitung des haushaltspolitischen Sprechers Herrn Kirci konnte die LSV die Thematik erörtern. Dabei hat die LSV aufgezeigt, dass im Doppelhaushalt 2022/2023 rein rechnerisch ausreichende Haushaltsmittel bei den Personalansätzen für Versorgungsberechtigte für Sonderzahlungen vorhanden sein müssten.

Alle Gesprächspartner zeigten Verständnis für die von der LSV dargestellte Situation der Versorgungsberechtigten, machten aber keine Zusagen.



In der Antwort des Finanzministeriums auf den Offenen Brief wurde mitgeteilt, dass entsprechend der Vereinbarung im Tarifvertrag für die Versorgungsberechtigten lediglich die zeitgleiche lineare Besoldungsanpassung in Höhe von 2,8 % vorgesehen ist.

Im Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Alimentation kann es aus Gerechtigkeitsgründen nicht sein, dass aktive Beamte (BesGr. A2 bis A8 und ab der BesGr. A9) eine Sonderzahlung von 1.200 Euro bzw. 500 Euro erhalten sollen, während die Versorgungsberechtigten dieser Besoldungsgruppen von Sonderzahlungen (und weitgehend auch von staatlichen Entlastungspaketen) ausgeschlossen sind. Wenn der Gesetzentwurf darauf abzielt, die Unteralimentation der unteren Besoldungsgruppen abzustellen, muss dieses in der Konsequenz auch für die Versorgungsberechtigten gelten. Zu berücksichtigen ist, dass insbesondere Beamte des sog. mittleren Dienstes bei Pensionseintritt aus unterdurchschnittlichen Einkommenspositionen alimentiert wurden und werden.

Auch dieser Personenkreis muss ganz gezielt mit realer Kaufkraft unterstützt und in die Lage versetzt werden, die (weiterhin) steigenden Preise durch steigende Kaufkraft aufzufangen. Die Teilnahmemöglichkeit an den 9 Euro-Tickets sowie an den staatlichen Tankzuschüssen (soweit diese überhaupt beim Verbraucher ankommen) kompensieren nicht die inflationsbedingten Mehrausgaben eines Privathaushaltes.

In diesem Zusammenhang wird auf die vom Sozialverband VdK Deutschland geplante Klage gegen die 300 Euro Energiekosten-Pauschale der Bundesregierung für 2022 verwiesen, die ebenfalls grundsätzlich Ältere von der Zahlung ausschließt und nach Auffassung des Verbandes einen Verstoß gegen Art. 3 GG darstellt. Nach den Zeitungsberichten befürwortet auch Ministerpräsident Stephan Weil die Zahlung der Energiepauschale an Rentner. Wieso er andererseits die Versorgungsberechtigten von der jährlichen Sonderzahlung ausschließen will, ist für die LSV nicht nachvollziehbar. Die Lebenshaltungskosten steigen für alle.

Da seit Einführung der Sonderzahlung in 2008 die Versorgungsberechtigten von der Gewährung einer Sonderzahlung ausgeschlossen sind, fordern wir deshalb die Landesregierung nochmals auf, die Schlechterstellung der Versorgungsberechtigten endlich zu beenden und diese fair an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen.

Am 9. Oktober 2022 sind in Niedersachsen Landtagswahlen. Ob und in welcher Form die Gesetzesentwürfe zur Alimentation und zur Besoldungsanpassung in der letzten Sitzung des jetzigen Landtages vom 20. bis zum 23. September 2022 verabschiedet werden, ist derzeit unklar. Bei den vor uns liegenden Wahlveranstaltungen der Parteien haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gelegenheit, die Kandidatinnen und Kandidaten zu ihrer Position hinsichtlich einer fairen Alimentation der Versorgungsberechtigten des Landes Niedersachsen zu befragen und können daraus Ihre Schlüsse ziehen.

Sicherung der Unterrichtsversorgung

Stellungnahme der Jungen Philologen zum Erlass vom 20.01.2022

Von Jonas Riebeling und Peter Gewald

Der zum 01.02.22 in Kraft getretene Erlass „Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung im Bereich der 2. Phase der Lehramtsausbildung (Vorbereitungsdienst)“ des Niedersächsisches Kultusministeriums bietet Referendarinnen und Referendaren die Möglichkeit neben dem Vorbereitungsdienst zusätzliche Unterrichtstunden zu erteilen.

Im Rahmen einer Nebentätigkeit neben dem Ausbildungsunterricht können bis zu sechs, in Ausnahmefällen bis zu acht Stunden zusätzlich unterrichtet werden. Bezahlt wird nicht gemäß Besoldungsgruppe, sondern im Rahmen eines zusätzlichen befristeten Arbeitsvertrags nach TV-L gemäß der Entgeltordnung für Lehrkräfte TV EntgO-L.

Wir begrüßen natürlich, dass chronisch unterbezahlte Referendarinnen und Referendare eine Möglichkeit bekommen ihre Besoldung aufzustocken. Allerdings scheint dies auf Kosten der Ausbildung nicht sinnvoll zu sein. Schauen wir uns die Fakten zur Ausbildung an:

Laut der aktuellen APVO-Lehr ist im Vorbereitungsdienst folgender Zeitaufwand wöchentlich zu leisten:

- 2 Zeitstunden pädagogisches Seminar
- 1,5 Zeitstunden fachdidaktisches Seminar
- 10 Unterrichtsstunden Ausbildungsunterricht im Durchschnitt (streckenweise also durchaus mehr)

Seminarveranstaltungen müssen ebenfalls vor- und nachbereitet werden. Davon ausgehend, dass 40 Wochenarbeitsstunden 23,5 Unterrichtsstunden des gymnasialen Lehramts entsprechen, sind im Referendariat etwa 12 Unterrichtsstunden pro Woche im Durchschnitt zu leisten. Dazu kommen regelmäßige Unterrichtsbesuche und vier Lehrproben, die nochmals zusätzlichen Zeitaufwand ergeben. Addieren wir sechs bzw. acht nach TV-L bezahlte zusätzliche Unterrichtsstunden dazu, landen wir bei 18 bzw. 20 Unterrichtsstunden, was einer Vollzeitstelle einer ausgebildeten Lehrkraft – welche sich nicht in der Ausbildung befindet – schon sehr nahe kommt.

Referendarinnen und Referendare haben bereits einen Vollzeitjob!

Mit mehr Stunden gehen immer auch mehr Lerngruppen einher, was vieles an Mehrarbeit nach sich zieht: Konferenzen, Elternsprechtage, aber auch Projektwochen usw. Eine Ablenkung durch den zusätzlich vorzubereitenden Unterricht führt den Fokus von der Ausbildung weg. Wenn dafür weniger Zeit ist, werden Ausbildungs- und Prüfungsnoten schlechter, die aber später für Schulleitungen über eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch entscheiden.

Zu Beginn des Referendariats ist man meist sehr optimistisch und neigt dazu, sich evtl. auch zu überschätzen, da man alle außerunterrichtlichen Aspekte ausblendet. Ein Gespür für den tatsächlich zu leistenden Aufwand und eine etwaige „übrige“ Zeit entwickelt sich erst im Laufe der Ausbildung. Eine Entscheidung bereits zu Beginn des Referendariats für mehr Stunden wird vermutlich in der Regel nur zu einer Überlastung führen und sollte gar nicht erst ermöglicht werden. Gerade in der Ausbildung benötigt man deutlich mehr Zeit für Unterrichtstätigkeiten, welche „fertige“ Lehrkräfte zügig erledigen. So wird ein Ausbrennen bereits während der Ausbildung riskiert.

© be free – Adobe Stock

Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn soll in dem Erlass offenbar durch die Ergänzung „sofern Ausbildungsbelange dem nicht entgegenstehen“ erfüllt werden. Diese Einschätzung lässt sich im Vorfeld oft nicht treffen, sodass die Fürsorgepflicht hier maximal nachsorglich und nicht vorsorglich erfüllt wird. Was kommt nebenbei auf die Unterrichtsplaner in den Schulen zu, wenn mitten im Halbjahr zusätzlicher fest eingeplanter Unterricht aus Gründen der Überlastung nicht mehr erteilt werden kann? Planungssicherheit sieht anders aus!

Die Motivation der Referendarinnen und Referendare für zusätzlichen Unterricht dürfte wohl selten Unterforderung oder der Wunsch nach noch mehr Unterrichtspraxis sein, sondern die prekäre Bezahlung des Vorbereitungsdienstes durch niedrige Anwärterbezüge. Diese verführt dazu, bzw. kann Kolleginnen und Kollegen sogar nötigen, Zusatzarbeit anzunehmen um den Lebensunterhalt und das zu Beginn erforderliche Unterrichtsmaterial (z.B. Schulbücher) zu finanzieren. Genau an dieser Stelle setzt der Erlass scheinbar an. Ein Grund mehr, dass die Vergütung in der Ausbildung signifikant erhöht werden muss. Hier wird klar, dass der Dienstherr diese finanziellen Probleme im Blick hat. Wir hätten uns eine andere Lösung gewünscht.

Schließlich scheint ein zusätzlicher Tarifvertrag im Hinblick auf ein bestehendes(!) Beamtenverhältnis unangemessen. Die Mehrarbeit ist qualitativ nicht geringer als der vergleichbar zu leistende eigenverantwortliche Unterricht.

Wir können den meisten Kolleginnen und Kollegen nur davon abraten, sich im Referendariat mit zusätzlichen Stunden zu überlasten. Dafür haben Sie, dafür habt ihr keine Zeit! Die Personallücke kann und darf nicht auf Kosten der Gesundheit der werdenden Lehrkräfte kompensiert werden! Wir rufen das Kultusministerium auf, sich auf andere Strategien zur Personalgewinnung zu besinnen, die nicht zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen gehen, die das immer brüchige System bereits jetzt an der Belastungsgrenze am Laufen halten oder dies künftig tun sollen. Ausgebrannte Referendarinnen und Referendare können nicht die Lösung sein und führen künftig zu noch mehr Personalmangel.

Gedanken zur Digitalisierung der Beihilfe

Von Peter Gewald

„Im Rahmen des Digitalisierungsprozesses im Niedersächsischen Landesamt für Bezüge und Versorgung [NLBV] beginnt in Kürze die Pilotphase der elektronischen Beihilfebearbeitung. Das bedeutet, dass Beihilfeanträge in der Beihilfestelle künftig eingescannt und anschließend elektronisch weiterverarbeitet werden.“ – NLBV 2022

Mit diesen Sätzen beginnt das NLBV die Vorstellung der neuen „eBeihilfe“. Zwei Gedanken kommen mir an dieser Stelle spontan:

1. **Das NLBV arbeitet im Jahr 2022 auch intern noch komplett analog?**
2. **Hoffentlich bleibt der Datenschutz gewährleistet.**

Der erste Gedanke liegt darin begründet, dass viele private Krankenkassen schon seit mehreren Jahren die Möglichkeit bieten Belege digital einzureichen. Auch andere Bundesländer haben diesen Schritt schon vollzogen, i.d.R. funktioniert dies bereits über eine „Beihilfe App“, die jeweils über die beiden großen Appstores (Google und Apple) bereitgestellt wird.

In folgenden acht Bundesländern kann der Beihilfeantrag bereits digital per App gestellt werden [1]:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Hamburg
- Hessen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Sachsen
- Schleswig-Holstein

In Brandenburg ist eine App bereits in Planung. In Niedersachsen soll die Beihilfe App in der zweiten Jahreshälfte 2022 zur Verfügung stehen [2]. Der Funktionsumfang soll laut NLBV äquivalent zu den bereits existenten Beihilfe-Apps in anderen Bundesländern, z.B. Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Berlin, sein.

Spätestens mit dem Erscheinen einer App stellt sich die Frage nach dem Datenschutz.

Dies führt direkt zu dem eingangs genannten zweiten Gedanken. Eine interne Digitalisierung geht zunächst davon aus, dass der Speicherort bzw. Server, auf dem die sensiblen Daten gespeichert werden, nicht aus dem Internet erreichbar

ist. Diese Annahme trifft mit der Einschränkung zu, dass MitarbeiterInnen des NLBV im Homeoffice wahrscheinlich auch über eine gesicherte Verbindung (Strichwort „VPN“) auf diese Daten zugreifen können. An dieser Stelle beginnt bereits die Notwendigkeit aktuelle Sicherheitsstandards unbedingt anzuwenden.

Im Falle einer App, die das Hochladen der Daten von Zuhause aus ermöglicht, verschärfen sich die Angriffsszenarien und damit auch die digitalen Sicherheitsanforderungen. Sensible Daten landen damit – zumindest temporär – auf einem aus dem Internet erreichbaren Server.

Bei allen Bedenken bleibt die Abwägung, ob ein Einbruch in eine Behörde mit einem abgeschlossenen Aktenschrank leichter oder schwieriger ist als der (digitale) Einbruch in einen abgesicherten Server. Diese Überlegung ist natürlich davon abhängig, wie gut beides in der Realität tatsächlich abgesichert ist. Eine 100%ige Sicherheit wird es in beiden Fällen nicht geben.

Der Aspekt „Sicherheit“ kann damit mangels konkreter Informationen noch nicht abschließend bewertet werden. Ein Blick auf die Datenschutzbestimmungen der (ähnlichen) Beihilfe-App in NRW zeigt immerhin, dass eine verschlüsselte Übertragung gewährleistet ist [3].

Im Regelfall wird ein Foto zusammen mit einer Kennung verschlüsselt übertragen.
Wenn sich ein Barcode bzw. QR-Code auf einer Arztrechnung befindet, ist eine „Barcode-Einreichung“ möglich. Auf künftigen Arztrechnungen privater Abrechnungsstellen werden vermehrt QR-Codes zu finden sein, die auch als „eA-Code“ bzw. „eP-Code“ bezeichnet werden. Diese Codes werden von der Beihilfestelle gescannt und entschlüsselt. Exemplarisch sei hier die PVS-SH genannt, die über die Verwendung von QR-Codes auf ihren Rechnungen informiert [4].

Ein eP-Code enthält eine eindeutige Rechnungsnummer, die als Identifikator zum Abruf von Informationen von der privaten Abrechnungsstelle genutzt wird. Personenbezogene Daten können nicht abgerufen werden, diese beinhaltet der zweite Code. Der eA-Code enthält jene personenbezogene Daten in verschlüsselter Form, d.h. der Rechnungsempfänger mit seiner Anschrift und seinem Geburtsdatum. Zusätzlich ist die zu behandelnde Person codiert und ggf. der Verwandtschaftsgrad zum Rechnungsempfänger. Nachdem beide Codes mit der Beihilfe App gescannt werden, überträgt die App die verschlüsselten Daten über eine standardisierte Schnittstelle („IBM ISH Backend“ genannt) an die IT des Bundeslandes. Die IT-Abteilung entschlüsselt diese Daten und leitet diese zur Bearbeitung innerhalb eines geschützten Netzwerks an die Zentrale Scanstelle, bei der auch die postalischen Anträge eingehen. Ab diesem Punkt erfolgt die Bearbeitung digitaler Anträge äquivalent zu den postalisch eingereichten Anträgen.

Da die Rechnungsdaten auf dem Mobiltelefon gespeichert sind, ist ein sofortiges Löschen zu empfehlen, sobald die Daten nicht mehr benötigt werden. Zudem räumt die Beihilfestelle u.a. ein Recht auf Löschung personenbezogener Daten gemäß Artikel 17 DSGVO ein. Insgesamt darf unter Vorbehalt der praktischen Umsetzung von einer DSGVO-konformen App auch in Niedersachsen ausgegangen werden. Die Fragen der Serversicherheit sind damit jedoch noch nicht in vollem Umfang beantwortet und daher noch zu stellen – auch wenn diese intern wahrscheinlich schon geklärt sind.

Eine Vereinfachung für alle, die ihre Gesundheitsdaten bereits digital verwalten, wäre eine Beihilfe App auf jeden Fall. Die Möglichkeit einer postalischen Einsendung ist den Kolleginnen und Kollegen weiterhin gegeben und sollte mindestens solange Anwendung finden, bis sich ein digitales System in der Nutzbarkeit und vor allem im Punkt Sicherheit und Datenschutz über einen längeren Zeitraum bewährt hat.

[1] https://beihilfe-partner.de/blog/beihilfe-app/ sowie www.fairbeamtet.de/beihilfe/beihilfe-auf-einen-blick/beihilfe-app/
[2] www.nlbv.niedersachsen.de/startseite/beihilfe_heilfursorge/nlbv_beihilfe_app/alles-uber-unsere-nlbv-beihilfe-app-202754.html
[3] https://beihilfeappinfo.nrw.de/datenschutz.html
[4] www.pvs-se.de/faq/

© MQ-Illustrations – Adobe Stock

Seminare des PHVN

© goodluz – Adobe Stock

Seminar des PHVN für stellvertretende Schulleiter, Koordinatoren und Steuergruppenmitglieder

Leitungsaufgaben in der eigenverantwortlichen Schule – Wie bewältige ich die täglich neuen Herausforderungen professionell und verantwortungsbewusst?

Wir coachen Sie.
Termin: **Donnerstag, 22.09.2022, 15:00 Uhr bis 20:00 Uhr**
Freitag, 23.09.2022, 9:00 Uhr bis 13:30 Uhr
Ort: **Best Western Hotel Hohenzollern, Theodor-Heuss-Platz 5, 49074 Osnabrück**

Das Seminar richtet sich insbesondere an stv. Schulleiter, schulfachliche Koordinatoren und Steuergruppenmitglieder, die dieses Amt in den letzten Jahren neu übernommen haben, selbstverständlich können aber auch erfahrene schulische Führungskräfte von dem Seminar profitieren. Es wird in bewährter Zusammenarbeit mit der Corporate Identity Akademie Gerhard Regenthal durchgeführt.

Folgende Themenschwerpunkte sind vorgesehen:
- Eigenverantwortliche Schulen brauchen eine neue Leit-Kultur. Wie geht das?
- Täglich immer neue Anforderungen und Aufgaben. Wie soll ich das nur schaffen?
- Selbstmanagement und Selbstcoaching – Wie mache ich das?
- Professionelles und verantwortliches Schulmanagement – Welches Handwerkszeug kann ich wie nutzen?
- Schulentwicklungsprozesse – Wie kann ich Entwicklungsvorhaben / Projekte in der Schule effektiv planen, erfolgreich umsetzen und weiterbegleiten?
- Bei Bedarf: Wir haben ein Schulprogramm? Wie können wir es aktualisieren und weiterentwickeln?

Das detaillierte Programm sowie Das Anmeldeformular finden Sie unter *www.phvn.de*

Fortbildungsseminar für Bewerberinnen und Bewerber auf Funktionsstellen A15 / A15+Z und A16

Dieses Seminar richtet sich an Lehrkräfte mit der Laufbahnbefähigung für das Lehramt an Gymnasien, die sich auf eine Stelle einer schulfachlichen Koordinatorin / eines schulfachlichen Koordinators (A15), eine Stelle als Ständiger Vertreter/Ständige Vertreterin der Dienststellenleitung (A15+Z) oder auf eine Stelle als Schulleiter / Schulleiterin (A16) zu bewerben beabsichtigen.
Dies beinhaltet auch Bewerbungen für Stellen in den Bereichen der Seminarleitung, Fachleitung und Fachberatung.

Termin: **Montag, 28.11.2022, 11.00 Uhr bis ca. 19.00 Uhr**
Dienstag, 29.11.2022, 09.00 Uhr bis ca. 15.30 Uhr
Ort: **Hotel und Tagungszentrum Der Achtermann, Rosentorstraße 20, 38640 Goslar**

Das detaillierte Programm sowie Das Anmeldeformular finden Sie unter *www.phvn.de*

Echte Frauenpower im Bezirksverband Stade

Von Dr. Christoph Rabbow

Der Bezirksverband Stade musste sich personell neu aufstellen, da der langjährige Bezirksvorsitzende Dr. Cord Meyer mit der Aufnahme seiner Tätigkeit als Schulleiter in Hoya die Verantwortung des Bezirksverbandes Stade in andere Hände geben wollte.

Dazu wurde auf der Sitzung des Bezirksverbands Stade im Hotel Daub in Bremervörde ein neuer Vorstand gewählt. Zur Neuwahl standen die Positionen der Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und der Kassenwartin des Bezirksverbandes. Falls sich der geneigte Lesende über die Wahl der weiblichen Form wundert, so sei angemerkt, dass zur Wahl nur Kandidatinnen angetreten sind. Männliche Konkurrenten gab es bei der Wahl nicht.

Alle drei Positionen wurden durch geheime Wahl unter Aufsicht des Wahlausschusses mit Wolfgang Ehlers (Stade) und Christian Barz (Hagen) festgelegt. Alle drei Wahlergebnisse wurden einstimmig und ohne eine einzige Enthaltung erzielt. Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Zur Vorsitzenden des Bezirksverbands Stade wurde Katharina Kurze, Lehrerin am Gymnasium Osterholz-Scharmbeck und Mitglied im Schulbezirkspersonalrat Lüneburg, gewählt. Katharina Kurze unterrichtet die Fächer Latein und Mathematik.
- Die neue stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Stade ist Gabriele Heupel. Sie unterrichtet am Gymnasium Bremervörde die Fächer Latein und Geschichte und ist im örtlichen Personalrat der Schule.
- Als Kassenwartin wurde Sylvia Burde von der Halepaghenschule in Buxtehude in ihrem Amt bestätigt. Sylvia ist wie Katharina Mitglied im Schulbezirkspersonalrat Lüneburg und unterrichtet die Fächer Geschichte und Religion.

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen den drei Frauen im neugewählten Vorstand des Bezirksverbandes Stade Vorfahrt in allen bildungs- und berufspolitischen Belangen des Bezirks sowie eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den im Bezirksverband vertretenen Ortsverbänden und Schulgruppen.

v.l.: Sylvia Burde, Katharina Kurze, Gabriele Heupel

Neuer Seniorenbeauftragter des PHVN gratuliert „Urgestein“ des Verbandes zum Geburtstag

Von Horst Delekat

Seit kurzem hat der Philologenverband Niedersachsen mit Wolfgang Ehlers einen Seniorenbeauftragten berufen, der sich um alle Belange der Pensionäre kümmern wird. Es soll zukünftig spezielle Angebote für die nicht mehr im Schuldienst tätigen Mitglieder geben, die eine Verbundenheit zum Verband weiter ermöglichen.

PHVN-Seniorenbeauftragter Wolfgang Ehlers gratuliert Hildburg Kressel

Eine seiner ersten Amtshandlungen führte den Seniorenbeauftragten zu einer verdienten Verbandsfrau. Am 27.06.2022 konnte unser Verbandsmitglied, Frau OStR´ Hildburg Kressel, ihren 85. Geburtstag in Stade feiern. Seit nunmehr über einem halben Jahrhundert ist Hildburg Kressel Mitglied des Philologenverbandes. Nach ihrem Studium der Fächer Chemie und Biologie an der Universität Kiel und dem Referendariat in Osnabrück kam sie am 1. Februar 1969 als Studienassessorin an die Vincent-Lübeck-Schule Stade (heute Vincent-Lübeck-Gymnasium), der/dem sie bis zu ihrer Pensionierung am 31.07.2000 treu blieb. Hier wurde sie 1975 zur Oberstudienrätin ernannt, hier stand sie der Fachgruppe Chemie vor, hier konnte sie 1986 ihr 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Frau OStR´ Hildburg Kressel wurde von ihren Schülerinnen und Schülern absolut geachtet, zeichnete sie sich doch durch Geradlinigkeit, Gerechtigkeit und Fairness aus. Prinzipien, die sie konsequent bis heute vertritt.

Auch nach ihrer Pensionierung hat sie den Kontakt zu „ihrer Schule“ nie abreißen lassen. Die Schule, an der sie über 31 Jahre tätig war, lag und liegt ihr immer noch sehr am Herzen. Wo es möglich ist, nimmt sie an Schul- und Kollegiumsveranstaltungen teil. Seit 1989 existiert dort als Beispiel die „TTG Vincent“ (Toto-Tipp-Gemeinschaft Vincent), ein Zusammenschluss von mittlerweile 70 % der Lehrkräfte der Schule, die über das gesamte Schuljahr die Bundesliga-Spielpaarungen tippen. Und fast von Anfang an ist sie bis heute ein auch in dieser Hinsicht aktives Mitglied. Bei der jeweils zum Schuljahresende stattfindenden Jahresabschlussfeier ergab sich diesmal die Möglichkeit für den Vorsitzenden des PHVN, Dr. Christoph Rabbow, und den ehemaligen 2. Vorsitzenden und jetzigen Seniorenbeauftragten des Verbandes Wolfgang Ehlers, Frau Kressel zu ihrem Geburtstag zu gratulieren und die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Besuch an der Ahr

Ein Jahr nach der Flutkatastrophe im Ahrtal – niedersächsisches Gymnasium spendet für die Wiederbelebung des Schullebens am Rhein-Sinzig-Gymnasium in Sinzig

Von Henning Kratsch

Vor gut einem Jahr ereignete sich die Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands, die vor allem Teile Nordrhein-Westfalens sowie Gebiete in Rheinland-Pfalz heimsuchte. Alleine in Deutschland starben mehr als 180 Menschen, Sachschäden in Milliardenhöhe entstanden und die Überlebenden bzw. Zeugen der Ereignisse sind bis heute tief geprägt, in Teilen auch traumatisiert. Auswirkungen des Klimawandels, ein sicherlich herausstechendes Wettereignis sowie – so wird im Rahmen der Aufarbeitung der Ereignisse immer deutlicher – auch politisches Versagen führten zu einer Katastrophe, die auch nach einem Jahr an den betroffenen Orten noch deutlich sichtbar und spürbar ist.

Ein heftiges Starkregengebiet traf auf ohnehin wassergesättigte Böden, das Wasser rann, weitgehend ohne zu versickern, direkt in die Bäche und Flüsse. Normalerweise beschaulich anmutende Wasserläufe wie etwa die Ahr wurden so innerhalb kürzester Zeit zu reißenden Flüssen, eine Zerstörung und auch Tod bringende Welle fräste sich gleichsam durch das Tal.

Auch die Stadt Sinzig im unteren Ahrtal, im Norden des Landes Rheinland-Pfalz und fast in Grenznähe zu Nordrhein-Westfalen wurde schwer von der Flutkatastrophe getroffen. Insbesondere der Tod von 12 Menschen in einer Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung in Sinzig machte bundesweit Schlagzeilen. An den Ufern des Flusses mussten sich Menschen auf die Dächer retten, die Infrastruktur – Strom, Wasser, die Kläranlage – wurde teils schwer beschädigt, Wohnhäuser wurden auf lange Sicht unbewohnbar.

Und natürlich traf es – wie in den anderen betroffenen Gebieten auch – auch die Schulen. Laut Recherchen des „Spiegel“ sind auch ein Jahr nach den Ereignissen aus dem Sommer 2021 noch Dutzende Schulen in NRW und Rheinland-Pfalz ganz oder zumindest teilweise zerstört. Alleine im Ahrtal seien 17 Schulen betroffen gewesen, von denen die meisten bis heute noch nicht wieder voll nutzbar sind. Langwierige Prüf- und Genehmigungsverfahren, sich als zäh erweisende staatliche Hilfsprogramme und sicherlich auch schlicht die schiere Masse an Zerstörung in Zeiten ohnehin vorherrschenden Material- und Handwerkermangels lassen erahnen, wie lange es dauern wird, bis eben auch die Schulen wieder vollends funktions- und auch schullebensfähig sind.

Vor diesen Hintergründen entstand an der Europaschule Gymnasium Westerstede bereits im Herbst 2021 eine Initiative, die zum Ziel hatte, einer konkreten Schule in einer der betroffenen Regionen direkt und unmittelbar zu helfen. Über eine ehemalige Schülerin, die heute in Sinzig arbeitet und private Kontakte wurde rasch deutlich, dass hierbei weniger Sachspenden, an die zunächst durchaus gedacht worden war, als vielmehr Geld benötigt werden würde. Da der Wiederaufbau der Voraussetzungen des schulischen Regelbetriebs natürlich eine klare staatliche Aufgabe ist, sollte es vor allem darum gehen, Gelder für die Dinge zu generieren, die über den reinen Unterricht hinaus gehen und die Schule als Schulgemeinschaft erst so richtig lebenswert machen.

Mit dem Rhein-Gymnasium in Sinzig war schnell eine Schule gefunden, die von den Rahmenbedingungen besonders passend erschien, da sie vieles von dem, was auch das Gymnasium Westerstede auszeichnet, ebenfalls verkörpert – ein recht großes Gymnasium, ein breit aufgestelltes sportliches Angebot, vielfältige Möglichkeiten im musikalischen Bereich, eine engagierte Theater-AG sowie eine zupackende Schülervertretung.

Nach intensiven, monatelangen Planungen, die nicht zuletzt auch immer wieder von der Pandemie tangiert wurden, fand in der letzten Märzwoche ein Sportfest in Westerstede statt, an dem die ganze Schulgemeinschaft beteiligt war. Für diese Hilfsaktion unter dem Motto „Wir bewegen uns! Wir bewegen etwas!“ hatten die Schülerinnen und Schüler der Europaschule Gymnasium Westerstede zuvor Sponsoren im privaten Umfeld geworben. Die Sportlehrerinnen und Sportlehrer hatten einen viertägigen Sportwettkampf für alle Jahrgangsstufen organisiert und alle Beteiligten traten mit großer Motivation für die gute Sache an.

Im Mai konnte schließlich die offizielle Übergabe der Geldspende der Europaschule Gymnasium Westerstede an das Rhein-Gymnasium auf dem Sinziger Schulhof stattfinden. Vier Mitglieder des Westersteder Kollegiums und zwei Schülervertreter waren persönlich angereist, um die Spendensumme von 18.500 Euro an die Schulgemeinschaft des Rhein-Sinzig-Gymnasiums zu überreichen und um sich vor Ort ein Bild vom Zustand nach der Flutkatastrophe zu machen.

Am Rhein-Gymnasium Sinzig ist diese Hilfe sehr willkommen. Nach der Flut im Sommer 2021, bei der die gesamte Sporthalle, der Ganztagsbereich und große Bereiche des Schulhofs zerstört wurden, muss an den Gebäuden in den nächsten Monaten noch viel saniert und instandgesetzt werden. Am schwersten getroffen hat es jedoch die Bereiche Musik, Theater und Sport, die „Seelen unserer Schule“, so Schulleiter Jens Braner. „In der Flut haben wir Violinen und Violoncelli verloren, die unseren Streicherklassen zur Verfügung gestellt werden konnten. Noch schlimmer hat es unsere Theater-AG getroffen. Seit 35 Jahren produzieren hier Schüler für Schüler Theater. Die komplette Bühnenwerkstatt, der Fundus, die Regiewerkstatt, alles wurde zerstört und wird größtenteils nicht ersetzt werden. Hinzu kommt die Turnhalle, die nicht mehr benutzt werden kann. Das ist für den Schulsport katastrophal.“ Es ist deshalb kein Zufall, dass die Sportfachgruppe aus Westerstede bei der Organisation und Durchführung der Spendenaktion eine tragende Rolle spielte.

Das vor Ort zu erfahrende und zu sehende Ausmaß der Zerstörung macht dabei immer noch betroffen. Insbesondere Einblicke in die zerstörte Sporthalle, die nunmehr einem Rohbau gleicht, in ehemals vielfältig genutzte und nun zerstörte Bereiche der Schule sowie die beeindruckenden Berichte der Kolleginnen und Kollegen vor Ort in Sinzig verdeutlichten der Westersteder Delegation sehr klar, wie sinnvoll diese Hilfe innerhalb Deutschlands war.

Mit dem Spendengeld wird etwas bewegt werden können, so waren sich alle Beteiligten sicher. Am Rhein-Gymnasium hoffen nun alle auf einen schnellen Wiederaufbau der zerstörten Gebäudeteile. Wenn das geschehen ist, dann können dank der vielen Spenden die wichtigen Bereiche des Schullebens Theater, Musik und Sport finanziert und endlich wiederbelebt werden.

Das ganze Gymnasium auf der Ideen-Expo in Hannover

Das haben 1000 Schüler und 50 Lehrer erlebt

Von Paula Reinhart – Neue Osnabrücker Zeitung vom 15.07.2022

Es ist ein Novum: Das gesamte Gymnasium besuchte die Ideen-Expo 2022 in Hannover. „Mach doch einfach!“ lautet das Motto der Veranstaltung für Technik und Naturwissenschaften. Das haben die Schüler auch getan – und dabei spannende Einblicke in unterschiedliche Berufe erhalten.

Jan Malwitz ist bereits zum zweiten Mal auf der Ideen-Expo. Das Event habe ihm sehr gut gefallen, sagt der 16-Jährige. Er interessiere sich vor allem für Informatik. Auch privat beschäftige er sich viel mit Computern.

Daher habe es ihm besonders viel Spaß gemacht, an einem Stand einen Computer komplett auseinander- und wieder zusammenzubauen, sagt der Schüler. Ein weiteres Highlight seien die Virtual-Reality-Brillen gewesen, mit denen er eine Unterwasserwelt habe erkunden können.

Nadine Hvam schließt sich ihm an. Ihr habe vor allem das umfangreiche Programm der Veranstaltung gefallen, sagt die Schülerin. Besonders beeindruckt habe sie die Foto-Box. Dafür habe sie sich knallige Kleidung angezogen, die im Schwarzlicht geleuchtet hat. Die Fotos habe sie als Erinnerungsstück gleich mitnehmen können. Sie habe an dem Tag viel gelernt – vor allem wegen des spielerischen Ansatzes, so die 14-Jährige.

„Berufsorientierung hautnah“

Auch die Lehrer sind begeistert: Das Angebot sei „überwältigend“ gewesen, sagt Inga Schnieders. Die Schüler hätten in viele Berufe „reinschnuppern“ können. Und vor allem hätten sie einen Einblick in aktuelle Innovationen vieler Unternehmen bekommen, so die Chemie- und Englischlehrerin. Ihr liege das Thema Nachhaltigkeit sehr am Herzen. Spannend sei daher gewesen, dass die Schüler selbst ein kleines Modellauto bauen konnten – mit integrierter Solarzelle auf dem Dach, erklärt sie. Dies habe die Kinder direkt an die Zukunft herangeführt.

Für Schulleiter Nils Fischer war es ebenfalls ein gelungener Tag: Es sei wirklich alles vertreten gewesen: von der Feuerwehr über die Polizei bis hin zu großen Unternehmen aus der Region Osnabrück, sagt er. Die Schüler hätten daher die Möglichkeit erhalten, Berufsorientierung hautnah zu erleben. Eine weitere Besonderheit: Dass erstmals die gesamte Schule – sprich 1000 Schüler und 50 Lehrer – eine Fahrt zusammen unternommen haben.

Zwei Fachseminare des Studienseminars Stade im Deutschen Zusatzstoffmuseum

Von Dr. Ralf Egge

Teilnehmer der Fachgruppe Chemie des Studienseminars Stade

Zusatzstoffe finden wir in Lebensmitteln, Treibstoffen oder Plastiken. Sie erfüllen unterschiedliche Aufgaben, müssen unterschiedlichen Kriterien genügen und bergen manche Risiken. Einmal geht es um das Konservieren für Lebensmittel, ein anderes Mal um Aroma- oder Farbstoffe. Der Begriff „Zusatzstoff“ fand 1976 Eingang in die Gesetzgebung, heute ist es europaweit durch die EU geregelt. Schon im Altertum und zunehmend im 19. Jahrhundert wurden Stoffe zur Haltbarmachung, Farbgebung oder Streckung verwendet. Dabei gab es viel Scharlatanerie und auch Strafen für ganze Berufsstände. Besonders gefürchtet war die „Bäckertaufe“. Bäcker, deren Brot als zu leicht befunden wurde, wurden in einen Schandkorb gesteckt und der johlenden Menge präsentiert. Immer wieder wurde der Delinquent mit Hilfe einer Hebevorrichtung ins Wasser oder in Jauche getaucht.

Dazu sang die Menge:
„Bäckerlein, Bäckerlein,
steig in den Korb hinein!
Wir tauchen Dich ins kühle Nass,
auf Dein Gewicht ist kein Verlass.“

Das Hamburger Zusatzstoffmuseum hat sich zur Aufgabe gemacht, Licht in die Bandbreite an biologischen und chemischen Stoffen zu bringen. Der Diplombiologe Herr Christian Niemeyer leitet das etwas andere Museum im Hamburger Großmarkt

Die beiden Fachseminare Biologie und Chemie des Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien in Stade besuchten das Zusatzstoffmuseum, das als besonderer außerschulischer Lernort geeignet ist, um Schülerinnen und Schülern ab Klasse 9 hinsichtlich der mit der Ernährung verbundenen Gefahren und dem Einsatz von Zusatzstoffen in Lebensmitteln aufzuklären.

Den angehenden Lehrerinnen und Lehrern wurden die verschiedenen Gruppen der Lebensmittel-Zusatzstoffe und Beispiele aus dem täglichen Leben lebhaft vorgestellt. Im Eingangsbereich wurde anhand einer großen Übersicht die Historie der Zusatzstoffe dargestellt. In den anschließenden Ausstellungsräumen befanden sich in einem Glasschrank stoffliche Beispiele zu den einzelnen Klassen.

Man konnte virtuell einkaufen gehen und sich durch die aufgedruckten QR-Codes an den Produkten an einer Kasse die gesundheitlichen Belastungen der gekauften Lebensmittel beim Verzehr anzeigen lassen. Es folgte eine angeregte Diskussion darüber, worauf beim nächsten Einkauf bzw. Kauf von Fertiggerichten oder Tiefkühlkost geachtet werden sollte.

Alle an der Exkursion beteiligten Lehrkräfte waren sich nach dem Besuch sicher: Herr Niemeyer ist deutschlandweit der Experte, was Lebensmittelzusatzstoffe angeht. Hier ist fachliches Wissen mit dem Engagement an der Sache gepaart. Der Leiter des Museums ließ keine Frage offen. Das Deutsche Zusatzstoffmuseum ist auch für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse einen Besuch wert.

Adresse: Deutsches Zusatzstoffmuseum,
Amsinckstraße 67, 20097 Hamburg
www.zusatzstoffmuseum.de/

Dr. Ralf Egge, Vorsitzender der Stiftung zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts
www.foru-naturwissen.de

Endlich, endlich wieder!

19. Landesbegegnung „Schulen musizieren" des Verbands deutscher Schulmusiker Niedersachsen (VdS) in Stade

Von Ralf Beiderwieden

Eigentlich wäre es an der Zeit gewesen, die 20. Landesbegegnung des Verbands Deutscher Schulmusiker Niedersachsen auszurichten. Aber die für 2020 minutiös geplante 19. Landesbegegnung in Stade fiel der Pandemie zum Opfer und wurde vom 9.-11. Juni 2022 nachgeholt und gebührend gefeiert, mit insgesamt fast 500 Schülerinnen und Schülern. Das Grundschulorchester Kirchhatten machte den Aufschlag im Eröffnungskonzert in der Stadthalle „Stadeum", es folgten im Verlauf von acht Konzerten Chöre, Big Bands, Jazz- und Rockbands, Orchester vom Blasorchester bis zur symphonischen Besetzung und mehrere Bläserklassen: gleich drei Ensembles des Gymnasiums Meppen, vier vom Gymnasium Eversten Oldenburg, zwei von der Käthe-Kollwitz-Schule aus der Landeshauptstadt, dazu der Kammerchor des Domgymnasiums Verden, das Streichorchester des Alten Gymnasiums Oldenburg, das Blasorchester des Neuen Gymnasiums Wilhelmshaven sowie ein ganzes Aufgebot der gastgebenden Schulen vom Gymnasium Athenaeum Stade, dem Vincent Lübeck-Gymnasium Stade, dem Gymnasium Buxtehude Süd.

„Ich bin tief beeindruckt von den musikalischen Leistungen der Schülerinnen und Schüler und ich wünsche ihnen weiterhin ganz viel Freude beim Musizieren", freute sich Kultusminister Grant Hendrik Tonne in seinem Grußwort im Eröffnungskonzert. Vor großem Publikum, darunter dem Landrat Kai Seefried, der ehrenamtlichen Bürgermeistervertreterin Daniela Oswald, dem Präsidenten des Landesmusikrats Lothar Mohn, dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Schulmusik Prof. Dr. Bernhard Hofmann, dem Vorsitzenden des Verbands deutscher Schulmusiker Niedersachsen Dr. Martin Weber, und dem Vorsitzenden des PhVN Dr. Christoph Rabbow, dankte der Minister „allen Beteiligten – Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften, aber auch der Stadt Stade und besonders dem Verband Deutscher Schulmusiker Niedersachsen e.V. (VdS) -, die diese Veranstaltungen ermöglichen." Endlich, endlich wieder sei es möglich, mit so vielen Menschen zusammenzukommen und gemeinsam Schulmusik zu erleben. „Genießt eure Konzerte", schloss er, an die Jugendlichen gewandt. „Ihr habt sie euch verdient."

Dem Eröffnungskonzert im Stadeum folgten vier Konzerte in Schulen in Stade und Buxtehude am Freitagmorgen, ein Begegnungskonzert am Nachmittag in der Stader Wilhadikirche, Spaziergänge von einem Ort zum anderen, fröhliches Räkeln entlang dem Fischmarkt, Straßenmusikklänge aus allen Teilen der Innenstadt. Als abends Bands in der Jugendfreizeitstätte „Alter Schlachthof" einheizten, kannte der Enthusiasmus keine Grenzen mehr. „Und wenn die Rolling Stones leibhaftig auf der Bühne erschienen", entfuhr es dem Chronisten, „die Begeisterung könnte nicht größer sein".

Stade war schön. Stade war herrlich. Eindrucksvoll, mit wieviel Kraft und Überlebenswillen so viele Schulmusiken aus der Krise zurückkamen. Das Programmheft war so mächtig und so prall gefüllt wie noch nie zuvor. Doch allenthalben war auch herauszuhören, wie schwer die Monate der Pandemie die Musik der Schulen getroffen haben: Wochen des Übens in Videokonferenzen ab Ostern 2020, Online-Produktionen statt lebendiger Konzerte, Bläserproben in Winterjacken auf Schulhöfen, Vorbereitungen in kompletter Unsicherheit zwischen Stattfinden, Absagen und Online-Ersatzproduktionen über das ganze Schuljahr 2020-21, Geisterkonzerte ohne Publikum um Weihnachten 2021. Und die Frage blieb eben offen: Was passiert an all den Schulen, die jetzt hier nicht dabei sind? Dass Musik ein so schönes Fach sein kann, Lieblingsfach und beglückendes Erlebnis, muss man niemandem erklären. Aber die letzten zwei Jahre haben gezeigt, wie verletzlich das kleine Fach ist. Und wie Unverzichtbares und Unrückholbares fehlt, wenn es Schaden nimmt oder an einer Schule nicht auf den grünen Zweig kommt, wurde in unzähligen Gesprächen allen schmerzlich bewusst, die von Spielort zu Spielort zogen.

Wie es sich gehört, überstrahlte wolkenloser Sommerhimmel das Abschlusskonzert auf dem Bürgermeister-Dabelow-Platz. Band um Band, Orchester um Orchester ließ noch einmal Gehörtes Revue passieren, ausgelassene Stimmung verband alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses „Wettbewerbs, der kein Wettbewerb ist", sondern eben eine Begegnung. Auf dem Abschlussfoto winken etwa 200 Kinder und ihre Lehrerinnen und Lehrer fröhlich in die Kamera: Auf Wiedersehen in zwei Jahren!

www.vds-niedersachsen.de
www.landesbegegnung.de

Niedersächsische Geschichtslehrkräfte tagen wieder in Präsenz

Frühjahrstagung des NGLV in Wilhelmshaven am 22.6.2022

Von Dr. Johannes Heinßen

Nach fast drei Jahren unfreiwilliger Pause konnte der Niedersächsische Geschichtslehrkräfteverband (NGLV) am 22. Juni 2022 seine Tradition der Präsenztagungen endlich wieder aufnehmen. Im ansprechenden Ambiente des Austernfischersaales im obersten Stockwerk des Wilhelmshavener Wattenmeerzentrums versammelten sich rund 70 Geschichtslehrkräfte des Landes – weitere hatten kurzfristig absagen müssen - zur Frühjahrstagung, um einem dicht gestaffelten Vormittagsprogramm beizuwohnen. Traditionell legt der NGLV das Hauptaugenmerk seiner Arbeit auf die Ausrichtung solcher Fortbildungsveranstaltungen. Deren Beiträge widmen sich neben allgemeinen fachdidaktischen Fragen vor allem den wechselnden verbindlichen Wahlmodulen der Qualifikationsphase. Zu den bisweilen abgelegenen Themen (z. B. die „Völkerwanderung") besteht erfahrungsgemäß ein großer Informationsbedarf, den die vedabgestützten Angebote nur unzureichend abdecken. Entsprechend gern werden diese Veranstaltungen – im Frühjahr an wechselnden Orten im Land, im Herbst immer in Hannover – besucht.

Den Anfang machte der emeritierte Bremer Neuzeithistoriker Professor Dr. Lothar Machtan, der sich in den letzten Jahren vor allem durch seine Mitarbeit an ZDF-Produktionen einen Namen gemacht hat. Sein Vortrag über die Novemberrevolution 1918 sollte gewissermaßen als Starter-Kit für das kommende Semester 13.1 dienen.

Für Geschichtslehrerinnen und -lehrer stellt das Thema Weimar, das 2023 im Abitur erstmals wieder verbindlich ist, insofern eine Herausforderung dar, weil es nach langer Zeit der Abwesenheit in den Oberstufenlehrplänen den Fortschritt der Forschung einzuarbeiten gilt. Interessierte an der Weimarer Republik vor Jahrzehnten im Wesentlichen ihr Scheitern („Wie war der 30. Januar 1933 möglich?") und diente sie gegenüber der Bonner Republik als Negativfolie, so ist diese Akzentuierung heute größerer Vielstimmigkeit gewichen, in der nachhaltige Modernisierungsphänomene, aber auch die Kräfte, die die Republik stützten, ja aktiv verteidigten (z. B. das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) stärkere Aufmerksamkeit erfahren.

Johannes Heinßen ist seit 2013 Vorsitzender des Niedersächsischen Geschichtslehrkräfteverbandes.

Anschließend sprachen Max-Simon Kaestner, Doktorand am Lehrstuhl von Professor von Reeken in Oldenburg, und Dr. Britta Wehen-Peters (Gymnasium Eversten, Oldenburg) zu einem Thema, das traditionell Lehrende und Lernende des Faches Geschichte umtreibt: die historische Urteilsbildung.

Sie stellten ein Kompetenzmodell vor, das die erforderlichen Fähigkeiten bündelt, und berichteten über dessen praktische Umsetzung im Unterricht. Als Handlungsschemata der historischen Urteilsbildung identifizierten sie das Stellen historischer Fragen, die Formulierung von Thesen oder das Setzen eines Themas, das Kontextualisieren, das Perspektivieren, das Gewichten und Vergleichen sowie die abschließende Positionierung oder Stellungnahme. Das sprachliche Lernen funktioniere dabei über Modelllernen: Die Lernenden benötigten ein sprachlich fundiertes Wissen; sie müssten diese Rezeptur kennenlernen und reflektieren, was das Urteil ausmacht.

Konkret schlugen Kaestner und Wehen-Peters einen methodischen Dreischritt vor. Ausgehend von Darstellungstexten sollten zunächst Textprozeduren ermittelt und reflektiert werden. Anschließend werde ein eigener Schreibauftrag erstellt, der dann wiederum auf den Einsatz der gelernten Textprozeduren reflektiert werde.

Den emotionalen Höhepunkt des Vormittagsprogramms bildete der Vortrag der beiden russischen Historiker Dr. Aleksey Kamenskikh (Perm, zurzeit Mainz) und Dr. Nikita Lomakin (Moskau, zurzeit Bremen), beide Mitarbeiter von Memorial, der 1987 in Russland gegründeten Organisation zur Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus, die im Dezember 2021 vom Putin-Regime weitgehend verboten und liquidiert wurde. Sie gaben einen Überblick über die Geschichte und die Aktivitäten der Organisation, die gewissermaßen ein Pionier der in Russland bis dato nicht vorhandenen Zivilgesellschaft war.

Von Seiten der Organisatoren war der Vortrag der beiden russischen Wissenschaftler mit Rücksicht auf die aktuelle politische Lage in Osteuropa ins Programm aufgenommen worden. Sie hat dafür gesorgt, dass sich seit Ende Februar viele fragende Blicke auf die Geschichtslehrkräfte richteten und man sich der Bedeutung des Faches Geschichte wieder bewusster geworden ist. Deutlich wird an diesem drastischen Beispiel die Relevanz historischer Bildung zum Verständnis politischer und gesellschaftlicher Wirklichkeit. Seit Jahren macht sich der NGLV dafür stark, diese Facette der Allgemeinbildung im Bildungskanon nicht leichtfertig zugunsten einer allzu pragmatischen Ausrichtung der Bildungsziele (z. B. Digitalisierung als Selbstzweck) preiszugeben. Zugleich zeigt sich am Thema Ukraine-Krieg, was kompetenzorientierte Bildung leisten muss: die Fähigkeit, unerwartet und unabsehbar Eintretendem mit entsprechendem Wissen, vor allem aber mit den notwendigen Kategorien zur Erfassung und Beschreibung zu begegnen. Als Denkfach erhebt moderner Geschichtsunterricht den Anspruch, geeignete Angebote bereitzustellen. Eine vielfältige historische Bildung ist Ausweis einer pluralistischen demokratischen Zivilgesellschaft und ihrer Geschichtskultur. In Russland gibt es dafür gegenwärtig keine Chance.

Inhaltlich Interessierte finden auf der Homepage des NGLV (www.nglv.de) einen ausführlicheren Tagungsbericht.

Blick von der Aussichtsterrasse des Tagungssaals mit Blick auf das Deutsche Marinemuseum

Rezension: Juden in Deutschland

Von Uwe Lehmann

Christian Wilhelm Dohm hatte 1781 mit seiner Feststellung, dass Juden auch Menschen seien, die Akkulturation der Juden und ihren „Eintritt“ in die Gesellschaft in Bewegung gesetzt. Im Dritten Reich fand dagegen die „Entmenschlichung der Juden“ (Volkov, S. 231) unter schlimmsten Exzessen bei häufiger moralischer Gleichgültigkeit und Mangel an Empathie statt und gipfelte in dem „effizient organisierten“ europaweiten Holocaust mit 5,7 Millionen ermordeten Juden.

Den Jahrhunderte langen „Zickzackkurs“ zwischen Antisemitismus und staatsbürgerlicher Gleichstellung schildert Shulamit Volkov, emeritierte Professorin für Vergleichende Europäische Geschichte und Autorin der vielgerühmten Biographie Walter Rathenaus (2012), in vier Teilen:

I. Deutschland kennenlernen, 1780 – 1840;
II. Freiheit und Einheit, 1840 – 1870;
III. Leben in Deutschland, 1870 – 1930;
IV. Eine verlorene Heimat, 1930 – 2000.

Ihr Ziel ist, „die deutsche Geschichte in einem zeitlichen Verlauf zu überblicken, die Geschichte der deutschen Juden mit ihr zu verbinden und Erstere durch die Perspektive Letzterer wahrzunehmen“ (S. 243). Dies gelingt ihr, indem sie zunächst jeweils einen Abriss der politischen Geschichte Deutschlands gibt und dann den Blick auf die soziale und Bildungssituation der jüdischen Minderheit richtet.

Dabei skizziert sie auch Einzelschicksale (Heine, Liebermann, Rathenau) und zeigt auf, dass Moses Mendelssohn zwar als Philosoph, aber nicht gesellschaftlich als ebenbürtig anerkannt wurde, obwohl seine Definition, was Aufklärung heißt, 1784 den 1. Preis erhielt. Kants bekanntere Erklärung errang in der Aussschreibung den 2. Preis. Beide, so Volkov, waren bestrebt, ihre Formulierungen so zu halten, dass die preußische Zensur keine Handhabe hatte einzuschreiten. Beim Blick auf Einzelschicksale wäre auch Salomon Heine, der Onkel Heinrich Heines, zu betrachten, der trotz erheblicher Leistungen für Hamburg dort nie gleichberechtigt war.

Insgesamt bietet Volkov lesenswerte Überblicke zu den von ihr gewählten Abschnitten der deutschen Geschichte mit eingehenden Details vor allem zur Weimarer Republik und der sich nur zögernd entwickelnden kritischen Sicht auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft.

Volkov, Shulamit,
Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.
336 S., gebd. Beck Verlag, München,2022.
ISBN 978-3-406-78171-1
28 Euro

Wir trauern um

Klink, Marianne	Kiel	18.01.2022
Richter, Dr. Paul	Hannover	23.03.2022
Tahden, Gerold	Nordenham	28.03.2022
Winter, Roland	Celle	14.05.2022
Nölle-Meyer, Kristina	Hattorf	31.05.2022
Kracht, Herbert	Duderstadt	31.05.2022
Richter, Manfred	Oldenburg	25.06.2022
Große, Stefanie	Oldenburg	27.07.2022

Nicht nur Lernmanager und Organisator: Der Lehrer als Psychologe, Seelsorger und Lebensbegleiter

Die ambivalente Wirkung der Corona-Krise

Von Peter Maier

Mehr als zwei Jahre lang hielt uns die Corona-Krise in Atem. Auch wenn das Home-Schooling längst kein Thema mehr ist, so war die monatelange Unterrichtssituation für Lehrer* und Schüler gleichermaßen belastend, wenn man nur an die häufigen Schnelltests und die Maskenpflicht denkt. Mit Recht sollten die Schulen schon um fast jeden Preis am Laufen gehalten werden, um zu große Isolation der Schüler zu verhindern.

Auch wenn Corona die Schulen mächtig durcheinander gewirbelt hat, so erkennen manche Bildungspolitiker darin zumindest einen sehr positiven Nebeneffekt: Die Digitalisierung des Schulbetriebs – das Lehren und Lernen – erhielt trotz anfänglicher Schwierigkeiten einen kräftigen Schub nach vorne, was ohne Corona sicher viel länger gedauert hätte. Die Digitalisierung von Unterrichts- und Arbeitsmitteln brachte jedoch unvermeidlich auch eine veränderte Rolle für den Lehrer mit sich: als Organisator und Manager des Lernbetriebs und als Lernbegleiter. Die Pandemie spielte sicher Bildungspolitikern und Bildungsjournalisten in die Hände, die Ideen und Kriterien, die in der Industrie und Wirtschaft üblich und dort wohl auch nötig sind, gerne auf den Schulbereich übertragen wollen. Das, was in den Schulen geschieht, sollte messbar, vergleichbar, operationalisierbar, steuerbar, kontrollierbar und möglichst effizient sein.

Diese Neuausrichtung von Bildung und Schule begeht aber einen entscheidenden Fehler: Die „Klientel“, mit der es wir Lehrer tagein tagaus zu tun haben, sind Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung, die keine Lernmaschinen und keine mit digitalen Arbeitsmitteln und Unterrichtsmethoden zu formenden Werkstücke sind. Es sind vielmehr offene menschliche Wesen mit Bedürfnissen, Sorgen und Nöten, die Beachtung, Zuwendung, Ermutigung und Bestätigung brauchen – gerade jetzt am Ende der Pandemie. Nötig sind zudem eine feinfühlige Bindungsbildung, ein tiefer gehendes Bemühen um Psychologie und Seelsorge und insgesamt eine gesamtmenschliche Lebensbegleitung der uns anvertrauten Schüler. Diese eher „weichen“ Kriterien der Pädagogik sind kaum messbar, sind aber im Schulalltag ebenso wichtig und notwendig wie sichtbare „harte“ Kriterien: etwa wie digitalisierte Arbeitsmittel (Tablets, Whiteboards, Internetanschluss usw.).

Diese weichen Kriterien sind jetzt besonders gefragt und sollten auch in der Lehrerbildung viel mehr berücksichtigt werden. Ein Pädagoge sollte zumindest einige psychologische Grundkenntnisse besitzen – für den Unterricht, aber auch im Umgang mit den Eltern etwa in Sprechstunden. Wie schwierig die Kommunikation mit Schülereltern bisweilen ist, kann folgender – heutzutage gar nicht so seltener – Fall eindrucksvoll belegen. Eine erfahrene Kollegin erzählte mir diese Geschichte:

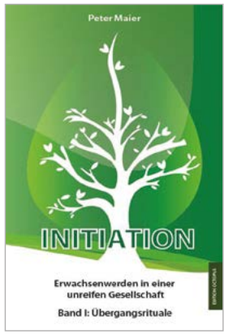
Sylvia (Name geändert) – das traurige Mädchen*

„Ich unterrichtete Sylvia im Fach Englisch in der 9. Klasse. Sie war eine gute Schülerin, die in der Regel engagiert mitarbeitete. Zum Halbjahr fielen ihre Leistungen in schriftlichen Arbeiten jedoch unerwartet in den Keller. Zudem meldete sie sich überhaupt nicht mehr und wirkte meistens ziemlich traurig und bedrückt. Als sie in der nächsten Schulaufgabe die Note fünf bekam, fragte ich sie, was mit ihr los sei. Da begann sie zu weinen: Ihre Eltern hätten sich bereits vor einem Jahr getrennt und sie vermisse ihren Vater immer mehr. Aber ihre Mutter würde nicht wollen, dass sie den Vater öfter treffe.

Etwa vier Wochen später kam der Vater, ein Ingenieur, in die Sprechstunde zu mir, um sich über den Leistungsstand seiner Tochter Sylvia zu erkundigen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich, dass er sich sehr um seine beiden Töchter – um Sylvia und ihre jüngere Schwester – kümmern und wesentlich mehr Geld für sie zahlen würde, als er laut Unterhaltstabelle zahlen müsste. Dennoch verhindere seine Ex-Frau einen regelmäßigen Kontakt zu seinen Töchtern und er würde zudem von ihr bei ihnen nur schlecht gemacht.

Zwei Wochen später tauchte dann die Mutter, die offensichtlich von dem Besuch ihres Ex-Mannes erfahren hatte, ebenfalls in meiner Sprechstunde auf. Sie erkundigte sich gar nicht erst nach dem Leistungsstand ihrer Tochter, sondern ließ sofort eine richtige Wuttirade über den Vater von Sylvia los. Sie teilte mir mit, dass sie gerade gerichtlich versuchen würde, das alleinige Sorgerecht zu bekommen, weil der Einfluss des Vaters für ihre Tochter angeblich verheerend sei. Diesen Eindruck hatte ich jedoch bei dem Besuch des Vaters nicht bekommen – ganz im Gegenteil. Er kümmerte sich wirklich rührend um seine Tochter, seine Bemühungen wurden aber von seiner Ex-Frau sehr behindert und regelrecht torpediert.

Ich teilte Sylvia danach mit, dass ihre beiden Eltern nacheinander bei mir in der Sprechstunde gewesen seien. Dies war ihr aber schon bekannt, da ihre Mutter zu Hause fast von nichts anderem mehr sprach. Gegen ihre Mutter konnte sie offensichtlich nicht ankommen, sie war in den totalen Rosenkrieg ihrer Eltern geraten, dem sie ohnmächtig ausgeliefert war. Im Unterricht war sie völlig in sich versunken und sagte gar nichts mehr. Sie tat mir furchtbar leid. Daraufhin bat ich die Mutter erneut in die Sprechstunde zu mir und teilte ihr schonungslos mit, welch schlimme Auswirkungen der Rosenkrieg der Eltern auf Sylvia hätte und dass sie ihr als Mutter den Vater doch nicht vorenthalten könne.



Peter Maier: **Initiation – Erwachsenwerden in einer unreifen Gesellschaft**
Band I: Übergangsrituale
ISBN 978-3-86991-404-6
(18,99 Euro, Epubli Berlin)
eBook: ISBN: 978-3-752956-93-1
(11,99 Euro)

Peter Maier: **Initiation – Erwachsenwerden in einer unreifen Gesellschaft**
Band II: Heldenreisen
ISBN 978-3-86991-409-1
(19,99 Euro, Epubli Berlin)
eBook: ISBN 978-3-753176-25-3
(12,99 Euro)

Peter Maier: **Schule – Quo Vadis? Plädoyer für eine Pädagogik des Herzens**.
ISBN: 978-3-95645-659-6
(20,99 Euro, Epubli Berlin)
eBook: ISBN: 978-3-752956-93-1
(12,99 Euro)

Peter Maier
Gymnasiallehrer a. D.,
Jugend-Initiations-Mentor, Autor

Zunächst musste ich mir von der aufgebrachten Mutter jedoch einige wütende Äußerungen anhören – etwa dass ich doch gar keine Ahnung hätte, wie schlimm ihr Ex-Mann wirklich sei. Ich bekam also eine gehörige Portion Wut und Aggression der Mutter ab. Ich versicherte ihr dann, dass ich mich in keiner Weise in die Beziehung zwischen ihr und ihrem Ex-Mann einmischen wolle, dass ich aber erlebe, wie schlecht es Sylvia ging. Dies mache mir große Sorgen. Ich bat die Mutter daher, um der Liebe zu ihrer Tochter willen ihren Konflikt mit ihrem Ex-Partner hintanzustellen. Zum ersten Mal hatte ich jetzt das Gefühl, mit diesem Argument die aufgebrachte und energische Mutter überhaupt erreichen zu können. Sie begann, nachdenklich zu werden und teilte mir mit, dass auch sie sich schon Sorgen um Sylvia machen würde. Ich bat sie nochmals eindringlich, Sylvia den Kontakt zu ihrem Vater zu erlauben und ihn nicht im Beisein der Töchter schlecht zu machen.

Bald darauf ging das Schuljahr zu Ende. Aufgrund der guten Leistungen im ersten Halbjahr schaffte Sylvia die Klasse gerade noch und wurde in die nächst höhere Klasse versetzt. Ich hatte sie im folgenden Schuljahr nicht mehr im Unterricht. Von Kollegen konnte ich jedoch erfahren, dass es Sylvia offensichtlich wieder besser ging.“

Reflexion

Solch ein Fall ist heutzutage leider keine Ausnahme. In manchen Klassen lebt ein Viertel oder gar ein Drittel der Schüler bei nur einem Elternteil, weil die Eltern getrennt sind. Sicher finden viele getrennte Eltern einen Modus, dass ihre Kinder einen regelmäßigen Zugang zu beiden Elternteilen haben können. Die gemeinsame (Für)Sorge ist vielen Eltern also weiterhin ein Herzensanliegen. Die Probleme und Verhältnisse der Eltern können nicht unsere Sache als Lehrer sein. Wir sind aber dann damit konfrontiert, wenn sich die Eltern, wie im vorliegenden Fall, in einem Rosenkrieg befinden und die Kinder dies ohnmächtig ertragen müssen und verständlicherweise sehr darunter leiden. Kinder wollen in den meisten Fällen einen guten Kontakt zu beiden Eltern haben. Wenn sie dauerhaft von einem Elternteil getrennt sind, empfinden dies manche Schüler als „halben Tod“ dieses Elternteils.

Betrachtet man das Verhalten der involvierten Lehrerin, so hat sie meiner Ansicht nach vieles richtig gemacht. Sie hatte offensichtlich ein gutes Gespür für ihre Schülerin: Sie konnte wahrnehmen, dass es Sylvia nicht gut ging. Daher sprach sie das Mädchen an und bekam die wichtige Information über das Getrenntsein ihrer Eltern und das Verhalten ihrer Mutter. So war die Pädagogin vorbereitet, als zuerst der Vater und dann die Mutter zu ihr in die Sprechstunde kamen.

Entscheidend war, dass sie nicht Partei für Vater oder Mutter ergriff, sondern dabei immer die Situation von Sylvia im Blick behielt. Beim zweiten Treffen mit der Mutter tat sie das einzig Richtige: Sie sagte ihr, dass Sylvia von dem Rosenkrieg der Eltern belastet würde und Kontakt auch zum Vater wünsche. Sie ergriff also eindeutig Partei für die Schülerin. Dies war ein Risiko, denn sie bekam zunächst Aggressionen der Mutter ab, die ihr nicht gehörten. Trotzdem konnte sie ruhig und klar bleiben. Das bewirkte schließlich ein Umdenken bei der Mutter.

Betrachtet man den „Fall“ mit etwas Abstand, so musste die Lehrerin mehrere Rollen einnehmen. Gegenüber der anfänglich rabiaten Mutter war sie als Psychologin gefragt. Sylvia dagegen brauchte sie als einfühlsame Seelsorgerin und Begleiterin in einer schwierigen Lebenssituation. Beides hat die Kollegin gemeistert, daher gebührt ihr mein voller Respekt.

* Selbstverständlich sind mit Lehrer stets Lehrerinnen und Lehrer, mit Schüler Schülerinnen und Schüler und mit Pädagogen Pädagoginnen und Pädagogen gemeint.

Weitere Infos und Buch-Bezug:
www.initiation-erwachsenwerden.de

Sparen Sie bares Geld
mit unserer Verbandskreditkarte

Immer mehr Mitglieder des Philologenverbandes Niedersachsen nutzen für sich und ihre Angehörigen unsere bewährte kostenlose Verbandskreditkarte – denn die Vorteile sprechen für sich:

Gebührenfreie MasterCard Gold

- Keine Jahresgebühr – dauerhaft
- Keine Auslandseinsatzgebühr – weltweit
- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen –
- 1,49% Zinsen p. M. für den Zeitraum Abhebung – Rechnungsausgleich
- Keine Gebühren für Ersatzkarte, Ersatz-PIN und Kartensperrung
- Jederzeit kündbar – kostenlos
- Partnerkarten zu den gleichen Konditionen
- Kontakatlose Bezahlung (NFC = Near Field Chip) ohne Zusatzkosten, Google und PayPal möglich

Inkludierte Reiseversicherungen

- für zu mindestens 50% mit der Karte bezahlte Reisen
- Reiseausfall, Reiserücktritt, Reiserücktransport, Verspätungen
- Reisekrankenversicherung, Reiseunfallversicherung
- Reisediebstahlversicherung

Günstige Rabatte

- Bis zu 37% bei Neuwagenkauf für 34 Marken
- 5% für Buchungen von Reisen über ein Partner-Reisebüro oder Partner-Reiseportal
- Mietwagenrabatte

Sparen auch Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte.

Weitere Informationen und Antragsformulare für Sie und Ihre Angehörigen erhalten Sie auf unserer Homepage www.phvn.de.

Impressum

GYMNASIUM in Niedersachsen
Zeitschrift des Philologenverbandes
Herausgeber und Verleger:
Philologenverband Niedersachsen
Sophienstraße 6 · 30159 Hannover
Tel. 0511 36475-0

Redaktionsadresse:
hermelingmeier@phvn.de

Redaktion: Carla Hermelingmeier
Lektorat: Gisela Frey
Gestaltung: Frank Heymann, Hannover
Druck: WirMachenDruck.de

Die Zeitschrift Gymnasium in Niedersachsen erscheint dreimal jährlich.

Redaktionsschluss für Gymnasium in Niedersachsen 3-2022 ist 15. 10. 2022.

Beiträge bitte, soweit als möglich, als E-Mail-Anlage direkt an die Redaktions-Adresse hermelingmeier@phvn.de schicken.

Weitere Informationen auf unsererHomepage www.phvn.de